

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2021



Reha von Heimkindern
KOKO auf (Nord-)Koreanisch
„Wahlen“ in der DDR

Aktuell

- 3 Persönlichkeit mit praktischer Erfahrung
Berlin gefordert
Neue Leitung für Forschung
Lieferkettengesetz gegen Zwangsarbeit

Recht

- 4 Objekte staatlicher Interessen
- 5 Dokumentationsstelle veröffentlicht Reha-Bescheide
Härtefallfonds für politisch Verfolgte
- 6 Beratungstage Niedersachsen 2021
Projektdurchbruch Justice 2.0

International

- 7 KOKO auf (Nord-)Koreanisch
Gedichte gegen Unterdrückung

Aufarbeitung

- 8 „Wahlen“ in der DDR
- 9 Geschichts(v)erklärung

Berichte

- 10 Nie wieder Diktatur
Oral-History-Projekt

Verbände

- 11 Digitale Veranstaltung
Online-Veranstaltung
Dokumentation
- 12 Museumsrundgang
Suchanzeigen
- 13 Abschied

Service/Bücher

- 16 Erinnern als Befreiung
Prostitution in der DDR
- 17 Der Spion aus der Kälte
Erstürmt die Höhen der Kultur!
- 18 Zwei Bücher – drei Frauenschicksale
- 19 Sisyphusarbeit

Umschlagbild

Flugblatt mit Aufruf zu der Aktion, die am 15. Januar 1990 zur Stürmung der Stasi-Zentrale führte. Zu sehen in einer Mini-Ausstellung des OEZ Berlin in der 6. Etage von Haus 1 in Berlin-Lichtenberg, dem ehemaligen Hauptsitz des MfS.

Foto: N. Radlitz

Was erwartet die Opfer von SED und Kommunismus im Jahr 2021 – worauf hoffen wir?

Die großen Feierlichkeiten um die Wiedervereinigung sind vorbei, aber dennoch sind Fragen unbeantwortet und Probleme offen und ungelöst. Für die UOKG und für unsere Mitgliedsverbände heißt es deshalb, weiter energisch an der Umsetzung und der Erfüllung unserer berechtigten Forderungen festzuhalten.

Große Hoffnungen setze ich auf den Opferbeauftragten bzw. die Opferbeauftragte, die der Bundestag zum Sommer dieses Jahres einsetzen wird. Egal auf wen die Wahl des Deutschen Bundestages fällt, werden wir als UOKG konstruktiv mit diesem Amtsträger zusammenarbeiten. Wir erwarten allerdings, daß jemand in dieses Amt berufen wird, der schon jetzt weiß, welche Aufgaben anstehen, und über konkrete Erfahrungen in der Arbeit für die Opfer von SED und Kommunismus verfügt.

Für 2022 haben wir die Grundsteinlegung für das Mahnmal der Opfer des Kommunismus geplant. Wenn ich mir sage, dann

möchte ich daran erinnern, daß Frau Staatsministerin Grütters die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die UOKG gemeinsam beauftragt hatte, ein Konzept zur Errichtung dieses Mahnmals zu entwickeln. Dieses Konzept haben wir im Dezember 2020 an die Vorsitzende des Kulturausschusses im Deutschen Bundestag übergeben. Darum können wir in diesem Punkt optimistisch sein. Für uns ist dieses Mahnmal mehr als ein Bauwerk. Es ist zum einen dem Andenken der vielen Opfer des Kommunismus gewidmet, zum anderen aber soll es auch bezeugen, daß die Gesellschaft den zahlreichen Opfern von Kommunismus und SED ihren Respekt erweist.

Auf jeden Fall rechne ich damit, liebe Freundinnen und Freunde, daß Sie weiterhin so engagiert für unsere gemeinsamen Interessen eintreten. Bitte passen Sie auf sich auf und vor allem: bleiben Sie gesund.

Ihr Dieter Dombrowski


Persönlichkeit mit praktischer Erfahrung

(st)Anlässlich der Berufung eines Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur in der nächsten Zeit hat sich der Vorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, in einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD im Bundestag gewandt.

Die UOKG werde sich nicht an einer öffentlichen Diskussion um konkrete Personen beteiligen, die Opfer von SED und Kommunismus erwarteten jedoch, daß eine Persönlichkeit ausgewählt werde, die bereits über konkrete Erfahrungen mit der Arbeit für SED-Opfer verfüge und so unmittelbar die tatsächliche Tätigkeit aufnehmen könne.

Dombrowski unterschied zwischen Personen aus der theoretischen Aufarbeitung einerseits und jenen aus der aktiven Opfer-Arbeit andererseits, wie z. B. die Landesbeauftragten.

Bedenklich wäre es, jemanden auszuwählen, der einen besseren Sozialismus mit menschlichem Antlitz angestrebt habe.

Als negatives Beispiel führte er die Ernennung Matthias Platzecks, eines ausgewiesenen Gegners der Wiedervereinigung, zum Vorsitzenden der Kommission 30 Jahre Deutsche Einheit an. 


Lieferkettengesetz gegen Zwangsarbeit

Die Bundesregierung hat sich nach langem Streit auf ein Lieferkettengesetz für größere deutsche Unternehmen verständigt. Firmen sollen verpflichtet werden, Menschenrechte, worunter selbstverständlich auch das Verbot von Zwangsarbeit zählt, bei ihren Lieferanten im Ausland durchzusetzen und Umweltstandards einzuhalten.

Das Gesetz soll ab 2023 in Kraft treten, zunächst aber nur für Unternehmen mit mindestens 3000 Mitarbeitern und ab 2024 für Unternehmen mit mindestens 1000 Mitarbeitern gelten. Schon im Januar hatte auch der Rechtsausschuß des EU-Parlaments für die Einführung eines europäischen Lieferkettengesetzes gestimmt.

Die UOKG begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung und des EU-Parlaments mit einem Lieferkettengesetz zu verhindern, daß Produkte, die durch Ausbeutung und Zwangsarbeit hergestellt werden, in den deutschen bzw. europäischen Handel gelangen. In diesem Zusammenhang weist die UOKG daraufhin, daß Produkte aus der Zwangsarbeit von politischen Häftlingen in der ehemalige DDR im großen Umfang Bestandteil des Innerdeutschen Handels waren.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) sagte: „Es ist richtig und wichtig, daß die deutsche Bundesregierung Ausbeutung und Zwangsarbeit im internationalen Warenverkehr einschränken möchte. Um wirklich glaubwürdig zu sein, wäre es aber auch an der Zeit, der Zwangsarbeit von Zehntausenden ehemaligen politischen Häftlingen endlich Aufmerksamkeit zu schenken und sich an der Behebung von gesundheitlichen Schäden und der Entschädigung für geleistete Zwangsarbeit zu beteiligen.“


In diesem Zusammenhang verweist die UOKG auf die Studie „Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur“ von Dr. Christian Sachse und die Dokumentation des Tribunals „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ vom September vergangenen Jahres. Beides ist erhältlich über die Geschäftsstelle. 

Berlin gefordert

(bab)Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB), Tom Sello, hat auf ein stärkeres Engagement des Landes Berlin bei der Entwicklung des Campus für Demokratie auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg gedrängt. Das verdeutlichte er Ende Januar bei der Vorstellung seiner Tätigkeitsberichte für die Jahre 2018 und 2019 im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Sello betonte, daß das vom Bund geplante Archivzentrum, das in den kommenden Jahren auf dem Gelände der Stasi-Zentrale entstehen wird, nicht ausreiche. „Die Aktivitäten des Bundes

allein sind kein Konzept für die Campus-Entwicklung“, sagte der Aufarbeitungsbeauftragte. „Soll dieser Ort in seiner Besonderheit erhalten und wahrgenommen werden, bedarf es einer gut abgestimmten Herangehensweise von Kultur- und Erinnerungspolitik, Stadtplanung und wirtschaftlichen Betrachtungen“, so der Aufarbeitungsbeauftragte weiter.


Sello bemängelte zudem den enormen Leerstand auf dem Areal als Folge der komplexen, ungeordneten Eigentumsverhältnisse. „Deshalb ist Berlin als Entwickler auf dem Campus jetzt besonders gefordert.“ 

Neue Leitung für Forschung

(bstu)Seit Anfang des Jahres ist Prof. Dr. Daniela Münkel Leiterin des Bereichs quellenkundliche Forschung im Stasi-Unterlagen Archiv. Die gebürtige Hannoveranerin hat sich 2005 an der Universität Hannover habilitiert und ist seit 2008 Projektleiterin und Herausgeberin der Editionsreihe „DDR im Blick der Staatssicherheit“ beim BStU.

Mit dem Übergang des Stasi-Unterlagen Archivs in das Bundesarchiv wird die Forschung im Stasi-Unterlagen Archiv in Richtung einer gezielten quellenkundlichen Forschung weiterentwickelt. Das legt das vom Bundestag beschlossene

Transformationskonzept fest. Sie soll zukünftig noch stärker als bisher zur Erschließung der Bestände des Stasi-Unterlagen Archivs beitragen.

Zudem soll sie den Charakter und die Binnenstrukturen der Bestände, die für Außenstehende mitunter noch heute schwer zu durchschauen sind, verständlicher machen. Um einen wissenschaftlichen Austausch zu pflegen, wird das Stasi-Unterlagen Archiv insbesondere mit Forschungseinrichtungen, wie Universitäten, außeruniversitären Forschungsinstitutionen und Gedenkstätten, gezielt in vielfältiger Form zusammenarbeiten. 

Objekte staatlicher Interessen

Zu Rehabilitierungsfragen ehemaliger Heimkinder

Ende 2019 traten verschiedene Änderungen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze in Kraft. Ziel war die Verbesserung der Rehabilitierungsmöglichkeiten und -folgen für Opfer politischer Verfolgung in der DDR. Einiges hat unproblematisch die Situation von Betroffenen verbessert. Beispielsweise die Aufhebung der Antragsfristen oder Erhöhung der sogenannten Opferrente.

Erhebliche Schwierigkeiten ergeben sich jedoch leider immer noch bei der Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder, die in Spezialheimen (darunter fallen auch Jugendwerkhöfe) untergebracht waren. Zwar wurde in § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG eine Regelung eingeführt, die die Rehabilitierung dieser Betroffenen erleichtern *kann*. Faktisch profitieren aber nur wenige davon. Es handelt sich bei der neu eingeführten Norm um eine widerlegliche gesetzliche Vermutung. Nach § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG wird „vermutet, daß die Anordnung der Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene, wenn eine Einweisung in ein Spezialheim oder in eine vergleichbare Einrichtung, in der eine zwangsweise Umerziehung erfolgte, stattfand.“ Das heißt, sofern der Umstand vorliegt, daß eine Person in ein Spezialheim (oder eine vergleichbare Einrichtung) eingewiesen wurde, wird *vermutet*, daß die Einweisung sachfremden Zwecken diene. Wird diese Vermutung nicht widerlegt, ist der/die Antragsteller/ in zu rehabilitieren.

In der Praxis heißt das: Jeder, der einen Rehabilitierungsantrag wegen eines Aufenthaltes in einem Spezialheim stellt, muß rehabilitiert werden, wenn hinsichtlich

der Einweisungsgründe keine Unterlagen mehr aufzufinden sind. Allerdings muß schon bewiesen sein, daß man in einem Spezialheim war (etwa durch ein Zeugnis oder einen SV-Ausweis). Einige Betroffene wurden auf diese Weise schon rehabilitiert. Problematisch wird es, wenn Unterlagen auffindbar sind (die Staatsanwaltschaft ermittelt das) und in diesen keine offensichtlich sachfremden oder politischen Gründe angegeben sind, sondern beispielsweise „Schulbummelei“ oder Diebstahlhandlungen. Das ist leider meistens der Fall. Viele Rehabilitierungsgerichte sehen die Vermutung dann als entkräftet an, und den Betroffenen wird empfohlen, den Rehabilitierungsantrag zurückzunehmen. Halten sie daran fest, besteht die große Gefahr, nicht rehabilitiert zu werden.

Aus hiesiger Sicht müßte jeder, der in einem Spezialheim war, rehabilitiert werden, weil in diesen Heimen Kinder und Jugendliche zu Objekten staatlicher Interessendurchsetzung degradiert wurden. Ihre Menschenwürde wurde dort mit Füßen getreten. Allerdings meint der Gesetzgeber, eine Einweisung in diese Einrichtungen muß nicht in jedem Fall grob rechtsstaatswidrig gewesen sein, denn sonst hätte er nicht den Beweis des Gegenteils zugelassen. In der Gesetzesbegründung werden als Beispiele für eine Widerlegung „Fürsorgeerwägungen“ und „Vollstreckung einer Jugendstrafe“ als Anordnungsgrund genannt. Aus hiesiger Sicht schließen sich die Einweisung in ein Spezialheim und „Fürsorgeerwägungen“ denotwendig aus, denn dort sollte nach dem Willen des SED-Regimes eine zwangsweise Umerziehung der Kinder und Jugendlichen zu sozialistischen Persönlichkeiten stattfinden. Daß dies unter Anwendung erheblicher Repressionen durch Erzieher (beispielsweise Isolationshaft) und Mitinsassen („Selbsterziehung“) durchgesetzt wurde, war den damaligen Behörden bekannt.

Gleichwohl vertritt z.B. das Landgericht Berlin die Auffassung, daß eine Einweisung in ein Spezialheim fürsorgemotiviert war, wenn in der Einweisungsverfügung „Schulbummelei“ als Einweisungsgrund angegeben war. Natürlich ist es prinzipiell richtig durchzusetzen, daß ein Kind nicht der Schule fernbleibt, weil Bildung sehr wichtig für den weiteren Lebensweg

ist. Allerdings waren Spezialheime weder dazu geeignet noch dafür vorgesehen, Rückstände im Bildungsgang aufzuholen. Im Gegenteil: Die Einweisung in ein Spezialheim war grundsätzlich mit einem Bildungsabstieg verbunden. Das steht in der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Heimexpertise aus dem Jahr 2012, die den Rehabilitierungskammern bekannt ist. Insofern mutet es fast zynisch an, wenn im Einweisungsgrund „Schulbummelei“ Fürsorge erblickt wird.

Der Beratungsstelle der UOKG liegt sogar ein Fall vor, bei dem außer einer Heimkarteikarte keine Unterlagen mehr auffindbar sind. Auf dieser Karteikarte sind stichpunktartig „Schulbummelei und kleine Diebstahlhandlungen“ als Einweisungsgründe vermerkt. Die Generalstaatsanwaltschaft sieht aus diesem Grund die Vermutung von sachfremden Einweisungsgründen als widerlegt an. Die Kammer neigt dazu, sich dieser Auffassung anzuschließen und trägt dem Betroffenen an, seinen Rehabilitierungsantrag zurückzunehmen. Wenn der Antrag nicht zurückgenommen wird, besteht die große Gefahr, daß der Betroffene einen ablehnenden Beschluß erhält. Sofern auch die nächste Instanz (das ist in Rehabilitierungssachen das Oberlandesgericht) ihn dann nicht rehabilitiert, wird die Sache rechtskräftig, und er hat praktisch keine Chance mehr, rehabilitiert zu werden. Denn daß noch Unterlagen auftauchen, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens möglich machen, ist äußerst unwahrscheinlich und eine weitere Gesetzesänderung, die dann einen Zweitantrag möglich machen könnte, ist nicht in Sicht.

Betroffene, denen eine Rücknahme ihres Rehabilitierungsantrages angetragen wird, sollten daher aus taktischen Gründen leider in Erwägung ziehen, den Antrag zurückzunehmen. Wird ein Rehabilitierungsantrag zurückgenommen, kann er zu einem späteren Zeitpunkt unproblematisch nochmals gestellt werden, was bei Rechtskraft grundsätzlich nicht möglich ist. Wenn sich die Rechtslage bessert, z. B. durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts oder durch eine Änderung der Rechtsprechung, könnten die Rehabilitierungschancen erheblich besser stehen. Bitte wenden Sie sich an die juristische Beratungsstelle der UOKG, wenn Sie Unterstützung in Ihrem Rehabilitierungsverfahren benötigen. Ich stehe Ihnen gerne beratend zur Seite.

Hinweis

Offensichtlich versuchen noch immer Ratsuchende, mich auf der alten BSV-Nummer anzurufen. Die Nummer ist aber nicht mehr existent.

Hier noch einmal die neue Telefonnummer:

(030) 55 15 28 58

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Ass. jur. Martina Kegel

Dokumentationsstelle veröffentlicht Reha-Bescheide

Mehr als 9000 Bescheinigungen der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation über die Rehabilitierung von deutschen Opfern sowjetischer Repressionen sind seit Mitte Dezember auf der Website <https://www.stsg.de/cms/dokstelle/rehabilitierung/datenbank-rehabilitierte-verurteilte> der Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten als PDF-Dokument abrufbar.

Etwa 70 000 deutsche Zivilisten und Soldaten wurden in der Zeit des Zweiten Weltkriegs, vor allem aber in der Nachkriegszeit und in der frühen DDR, von SMT verurteilt. Nach dem „Gesetz der Russischen Föderation über die Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung“ vom 18. Oktober 1991 sind die Überprüfung der Verurteilung sowie eine Rehabilitierung möglich. Die Dokumentationsstelle ist seit dem 1. Juni 2008 als einzige deutsche Stelle im Auftrag des Auswärtigen Amtes zuständig für die Bearbeitung und Weiterleitung von Anfragen und Anträgen nach dem genannten Gesetz.

Die der Dokumentationsstelle seitdem bekannt gewordenen Rehabilitierungen wurden in den letzten Jahren digitalisiert und können nun auf der Website eingesehen werden. Ein Symbol links neben

dem Namen zeigt das Vorliegen des Dokuments an. Die Bescheide liegen stets in russischer Sprache, zum Teil aber auch in deutscher Übersetzung vor. Üblicherweise enthalten sie die Personendaten, die letzte Adresse vor der Verhaftung, das Verhaftungsdatum, das Datum der Verurteilung und das verurteilende Gericht, das Strafmaß und das Entlassungsdatum.

Bei Vorliegen einer Rehabilitierung besteht für Angehörige die Möglichkeit, die Dokumentationsstelle mit einer Einsichtnahme in die Strafakte, die in der Regel im Zentralarchiv des FSB in Moskau archiviert ist, zu bevollmächtigen. Dafür sind eine notariell beglaubigte Vollmacht, ein lückenloser Verwandtschaftsnachweis sowie eine Kopie des Personalausweises notwendig.

Die Dokumentationsstelle erteilt auf Anfrage aus weiteren Quellen zusätzliche Auskünfte zu den rehabilitierten Personen, sofern ihr diese vorliegen. Die Bescheide werden der Öffentlichkeit im Rahmen des Zwecks der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Verfügung gestellt. Für eine weitergehende Nutzung, zum Beispiel für eine Veröffentlichung, bedarf es der Zustimmung der Dokumentationsstelle Dresden.

Die Dokumentationsstelle bittet für die Vervollständigung der Datenbank um Unterstützung, vor allem in dreierlei Hinsicht:

1. Für viele Rehabilitierte gibt es nur die russischsprachige Bescheinigung. Die durch Rückübertragung ins Deutsche verwendete Namensschreibweise ist oft inkorrekt. Sofern die korrekte Schreibweise bekannt ist, bitten wir um Unterrichtung.
2. In den Bescheiden wird nur das Geburtsjahr genannt. Auch andere Daten sind oft lückenhaft oder unklar, zum Beispiel der Geburts- oder Wohnort. Wir bitten um Mitteilung, falls vollständige Daten vorliegen.
3. Bescheide, die auf der Seite noch nicht veröffentlicht sind, bitte digitalisiert oder postalisch übersenden.

Die Datenbank wird fortlaufend aktualisiert, da weiterhin Anträge gestellt und beschieden werden.

Kontakt: Dr. Bert Pampel,
Dokumentationsstelle Dresden,
Dülferstraße 1, 01069 Dresden
auskunft.dokstelle@stsg.de



Härtefallfonds für politisch Verfolgte

Land Brandenburg stellt im Jahr 2021 wieder 50 000 Euro zur Verfügung

Menschen, die in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) oder in der DDR politisch verfolgt wurden und ihren Wohnsitz in Brandenburg haben, können in wirtschaftlichen Notlagen Unterstützung durch das Land Brandenburg erhalten. Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur berät Interessierte und begleitet die Antragstellung.

50 000 Euro stellt das Land Brandenburg im Jahr 2021 für den Härtefallfonds zur Verfügung, der politisch Verfolgte der SBZ/DDR in wirtschaftlichen Notlagen unterstützt.

Antragsberechtigt sind ehemals politisch Verfolgte

- die ihren Hauptwohnsitz im Land Brandenburg haben

- nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen bzw. dem Häftlingshilfegesetz rehabilitiert wurden und
- die in ihrer wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße beeinträchtigt sind.

Unterstützt werden können insbesondere

- Maßnahmen für selbstbestimmtes Wohnen, bei Umzug in eine behindertengerechte Wohnung oder die alters- und behindertengerechte Ausstattung von Wohnraum
- gesundheitliche Maßnahmen, die nicht von Krankenkassen übernommen werden oder Krankenkassenleistungen, deren Eigenbeteiligung sehr hoch ist, wie beispielsweise für Zahnprothetik oder Hörgeräte
- Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die nicht oder nicht ausreichend gefördert werden, um eine nachhaltige

Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen

- Verbesserung der Mobilität mit dem Ziel, die Selbstständigkeit und Beweglichkeit zu fördern.

Im Jahr 2020 beriet die Aufarbeitungsbeauftragte mehrere Interessierte und begleitete die Antragstellung. So konnten ehemals politisch Verfolgte Zuwendungen für ganz unterschiedliche Maßnahmen aus dem Härtefallfonds erhalten.

Interessierte können sich während der telefonischen Sprechzeiten oder schriftlich an die Landesbeauftragte wenden.

Die Richtlinie für den Härtefallfonds und alle Informationen zu Beratung und Antragstellung finden Sie auf unserer Homepage: <https://aufarbeitung.brandenburg.de/beratung/haertefallfonds/>



Beratungstage 2021 für Betroffene von SED-Unrecht

Auch über drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall und der Deutschen Wiedervereinigung leben in Niedersachsen noch zahlreiche Opfer des SED-Regimes, die unter den Folgen des SED-Unrechts leiden. Um möglichst viele Betroffene orts-nah über bestehende Hilfs- und Leistungsangebote zu informieren, organisiert das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport – Referat 61 – alljährlich Beratungstage für Betroffene von SED-Unrecht vor Ort.

Die Beratungen werden von Fachleuten aus Sachsen-Anhalt durchgeführt und von Vertretern des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer unterstützt. Einige der Berater waren selbst Opfer der Diktatur in der DDR.

Die diesjährigen Beratungstage finden statt am:

Dienstag, **18. Mai 2021**,
10.00 bis 15.00 Uhr
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
DG Clemensstraße 17, Raum 402
30169 Hannover

und

Dienstag, **21. September 2021**,
10.00 bis 15.00 Uhr
Landkreis Harburg, Gebäude B,
Raum B-014 (Seminar II)
Schloßplatz 6
21423 Winsen (Luhe)

Das Beratungsangebot richtet sich an Menschen, die bis heute in vielfältiger Weise unter verübtem Unrecht durch den SED-Staat leiden, insbesondere an:

- zu Unrecht Inhaftierte,
- Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes,
- Personen, die Repressalien in Beruf oder Ausbildung ausgesetzt waren,
- Betroffene, die Eingriffe in Eigentum und Vermögen erlitten,
- Verschleppte und deren Angehörige sowie Hinterbliebene und Angehörige von Opfern.

Es können Anträge auf Einsicht in die Stasi-Akten gestellt werden. Hierzu ist der Personalausweis vorzulegen.

Weiterhin erfolgt eine Beratung zu:

- Anträgen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (strafrechtliche, verwaltungsrechtliche, berufliche Rehabilitation),
- monatlicher Zuwendung („Opferrente“),
- Kinderheimen,
- Anträgen nach sowjetischer Inhaftierung/Internierung.

Das Beratungsangebot kann ohne Voranmeldung genutzt werden. Die Beratungsräume sind barrierefrei erreichbar.

Orts- und Zeitangaben sind den aktuellen Presseinformationen sowie den örtlichen Bekanntmachungen zu entnehmen.

Sofern die Termine Corona-Pandemiebedingt nicht vor Ort angeboten werden können, werden die Beratungen ausschließlich telefonisch durchgeführt.

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport

Projektdurchbruch JUSTICE 2.0

(pemc) Ende Januar dieses Jahres vergab das tschechische Justizministerium die Summe von 33 333 tschechischen Kronen (ca. 1280 Euro) an die Tochter des ostdeutschen Staatsbürgers Gerhard Schmidt, der beim Versuch, von der Tschechoslowakei nach Westdeutschland mit seiner Familie im Jahr 1977 zu reisen, von Grenzschutzbeamten erschossen wurde. Dies ist das erste Mal, daß die Tschechische Republik eine Entschädigung für die Ermordung eines Flüchtlings am Eisernen Vorhang gewährt. Herr Schmidt ist einer der fünf Fälle von Deutschen, die während des Kommunismus an der tschechoslowakischen Grenze getötet wurden und von der Plattform für

Europäische Erinnerung und Gewissen in einer Strafanzeige in Deutschland eingereicht wurden, die zu einer laufenden internationalen Untersuchung geführt hat.

Gerhard Schmidt, seine Frau und drei kleine Kinder versuchten am 6. August 1977 über die Grenze der kommunistischen Tschechoslowakei nach Westdeutschland in die Freiheit zu rennen. Leider wurden sie entdeckt, und Gerhard Schmidt wurde vor seiner Familie auf kurze Distanz erschossen. Die traumatisierte Familie wurde dann in der DDR verfolgt. Die Tochter von Gerhard Schmidt erhielt nun vom tschechischen Justizministerium ein Drittel der insgesamt möglichen finanziellen Entschädigung in Höhe von 100 000 tschechischen Kronen (ca. 3800 Euro). Ihre beiden Brüder, die Anspruch auf den Restbetrag haben, haben ihre Ansprüche noch nicht geltend gemacht.

Dies sind ein erstmaliger Fall und ein Durchbruch in der Tschechischen Republik. Eine analoge Entschädigung erhielten 2017 in der Slowakei die Hin-

terbliebenen von Hartmut Tautz, einem 18jährigen ostdeutschen Flüchtling, der 1986 an der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze von Grenzschutzhunden getötet wurde.

Die Fälle von Hartmut Tautz, Gerhard Schmidt und drei weiteren deutschen Bürgern, die an den Grenzen der kommunistischen Tschechoslowakei getötet wurden, wurden der deutschen Generalstaatsanwaltschaft 2016 im Rahmen des Projekts JUSTICE 2.0 von der Plattform vorgestellt. Seitdem wurde ein bilaterales gemeinsames Ermittlungsteam zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik eingerichtet und ein offizielles Strafverfahren gegen einige der wichtigsten verantwortlichen Täter in der Tschechischen Republik eingeleitet.

„Wir freuen uns einerseits darüber, daß sich die Gerechtigkeit langsam durchsetzt und eine symbolische Entschädigung für diesen sinnlosen und besonders grausamen Mord gewährt wird“, sagte Dr. Neela Winkelmann, ehemalige Geschäftsführerin der Plattform, jetzt Managerin des JUSTICE 2.0-Projekts der Plattform. „Auf der anderen Seite ist die Menge jedoch lächerlich niedrig.“

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

KOKO auf (Nord-)Koreanisch

Zu den schillernden Figuren der sozialistischen DDR-Diktatur gehörte der SED-Staatssekretär und „MfS-Oibe“ Alexander Schalck-Golodkowski, der „nur“ den Rang eines Oberst innehatte, allerdings das Gehalt eines Generalleutnants erhielt. Er hatte 1966 im Auftrag des SED-Politbüros die „Arbeitsgruppe Kommerzielle Koordinierung“ im Außenhandelsministerium der DDR gegründet, was aber von Anfang an nur der Verschleierung diente, denn in Wirklichkeit stand dieser Bereich unter Kontrolle des Ministeriums für Staatssicherheit.

Aufgabe war die Beschaffung von Devisen, die vor allem den Nomenklaturkadern der SED-Diktatur zugute kamen, ganz besonders denen, die als Politbüromitglieder mit ihren Familien in Wandlitz residierten. Als die unsauberen Geschäfte, zu denen Menschenhandel, Waffenverkäufe und Antiquitätenschmuggel gehörten, durch die unvollendete friedlich-demokratische Revolution 1989 ans Tageslicht kamen, flüchtete Schalck mit seiner Frau Sigrid mit Unterstützung von Rechtsanwalt Vogel nach West-Berlin vor dem Zorn der Menschen, denen er als „MfS-Sündenbock“ präsentiert wurde. Zu dieser Zeit lagen schon Millionen von ergaunerten West-Devisen auf Konten in Wien, wo die langjährige Funktionärin der Kommunistischen Partei Österreichs, Rudolfine Steindling, die auch Geschäftsführerin der Koko-Firma NOVUM war, dieses Vermögen auch zum eigenen Luxusleben verwandte und später viele Millionen in die Schweiz verschob.

Prozesse um die Rückgabe dieser Millionen ziehen sich bis heute hin. Schalck starb 2015 am Tegernsee, Steindling 2012 in Tel Aviv, beide starben unbehelligt im Bett. Ist das nur Schnee von gestern? Nein, denn der niederländische Wissenschaftler Remco Breuker, Professor an der Universität Leiden, hat bei

seinen Forschungen zu Nordkorea ein Gebilde entdeckt, welches Koko verblüffend ähnelt.

Das „BÜRO 39“ in Pjöngjang ist im Auftrag von Kim Jong-Il geschaffen worden, um Devisen für die marode Diktatur zu erwirtschaften und die UNO-Sanktionen zu umgehen, vor allem aber um den luxuriösen Lebensstil der Herrscherfamilie Kim zu finanzieren. Wie Flüchtlinge aus Nordkorea bestätigten, die in diesem Bereich tätig waren, werden Waffen verkauft, mit Rauschgift gehandelt, Dollarnoten gefälscht, und auch Menschenhandel gehört zum Portfolio, indem Zwangsarbeiter in die „Volksrepublik“ China, nach Rußland und sogar nach Polen geschickt werden, deren Gehalt vom „Büro 39“ einbehalten und nur zu zehn Prozent an die Arbeiter ausgezahlt wird. Der Aufschwung in Nordkorea, mit neuen Hochhäusern, Vergnügungsparks, Restaurants und Geschäften, hat der Hauptstadt den Spottnamen „Pjönghattan“ (in Anspielung auf den New Yorker Stadtteil Manhattan mit seinen Wolkenkratzern) eingebracht, doch bleibt der Lebensstandard im übrigen Land weiter extrem niedrig, bis hin zur Mangelversorgung mit Lebensmitteln. In einigen dieser Hochhäuser mit über zwanzig Etagen gibt es übrigens nicht einmal Aufzüge.

Ähnlich wie bei „Koko“ unterhält das „Büro 39“ ein Geflecht von Auslandsfirmen, so beispielsweise in Syrien, Kambodscha, vor allem aber in der „Volksrepublik“ China. Wie nordkoreanische Überläufer berichteten, werden die erwirtschafteten Devisen unter Mißbrauch des Diplomatenstatus in Koffern direkt nach Pjöngjang gebracht. Auch die Botschaft Nordkoreas in Berlin war in dieses kriminelle System eingebunden, indem jahrelang ein Hostel auf dem eigenen Gelände betrieben wurde, ohne dafür Steuern zu zahlen.

Natürlich liegt der Diktatur von Kim Jong-Un, der dieses „Büro 39“ exzessiv ausbauen ließ, sehr viel daran, diese geheimdienstlich-kriminellen Aktivitäten weiterführen zu können, deshalb versucht sein System auch Professor Remco Breuker zum Schweigen zu bringen, indem ein Auslieferungsersuchen mit internationalem Haftbefehl an die Regierung der Niederlande geschickt wurde. Gleichzeitig wurde Breuker so massiv bedroht, daß er jetzt unter Polizeischutz leben muß. Spätestens seit dem Mord an Kim Jong-Nam, dem Halbbruder des Diktators von Pjöngjang, der auf dem Flughafen von Kuala Lumpur (Malaysia) ermordet wurde, wird deutlich, daß Kim Jong-Un rücksichtslos auch Menschen im Ausland ermorden läßt, die seine kriminelle Herrschaft gefährden könnten. Damit haben sich manche Hoffnungen bei seinem Machtantritt, er könne als in der Schweiz ausgebildeter Mensch wirkliche Reformen in Gang bringen, als Illusion erwiesen.


Auch die Begegnungen mit dem US-Präsidenten Trump und dem Präsidenten Südkoreas Moon Jae-in blieben nur euphorische Träume ohne Verbesserungen für die Menschen im geteilten Korea. Ähnlich wie nach dem Scheitern der „Sonnenscheinpolitik“ von 2003 steht die Politik erneut vor einem Scherbenhaufen. Solange Diktatoren wie Xi Jinping und Putin um ihre eigene Macht fürchten, weil die US-Truppen nach einem Zusammenbruch Nordkoreas an den Grenze der „Volksrepublik“ China und Rußlands stehen könnten, werden sie diese Kim-Diktatur stützen, und damit sind auch alle UNO-Sanktionen wenig wirksam. Nur eine international abgestimmte Sanktionspolitik kann dieses System mit seinem „Büro 39“ letztlich beenden. Übrigens war Ex-Koko-Chef Schalck-Golodkowski Anfang der 1990er Jahre schon wieder aktiv im „China-Geschäft“.

Alexander W. Bauersfeld

Gedichte gegen Unterdrückung

(igfm)Die Künstlerszene auf Kuba läßt sich nicht einschüchtern und setzt sich weiterhin für Menschenrechte und inhaftierte Demokratieaktivisten, wie den Rapper Denis Solis, ein. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschen-

rechte (IGFM) berichtet, wurden die Künstlerin Tania Bruguera, der Journalist Mauricio Mendoza sowie dutzende weitere Künstler und Aktivisten am 27. Januar 2021 wegen ihrer Teilnahme an einem friedlichen Protest vor dem Kul-

tusministerium in Havanna verhaftet. Videoaufnahmen von Teilnehmern zeigen, wie der kubanische Kultusminister Alpidio Alonso in Anwesenheit seiner Vizeminister Demonstranten gewaltsam attackierte. 

„Wahlen“ in der DDR

Von Gabriel Berger

Der Beitrag „Unrechtsstaat oder nicht?“ in Ausgabe 9/2020 inspirierte mich, meine Erinnerungen, die „Wahlen“ in der DDR betreffend, niederzuschreiben.

Im Juli 1967 fanden in der DDR turnusmäßig Wahlen zur Volkskammer statt. Im Herbst des Jahres 1967 begab ich mich zur VdN-Dienststelle (Verfolgte des Nazi-regimes) in der Dresdener Stadtverwaltung. Als frischer Physik-Absolvent stellte ich dort einen Antrag auf eine Wohnung. Es gehörte in der DDR zu den Privilegien der anerkannten Verfolgten des Nazi-regimes, zu denen ich zählte, bevorzugt Wohnungen zu bekommen, auf die ein DDR-Bürger üblicherweise bis zu 10 Jahren warten mußte.

Nachdem ich den Antrag ausgefüllt und der Angestellten der VdN-Dienststelle ausgehändigt hatte, verwickelte sie mich in ein Gespräch: „Du studierst doch an der TU Physik.“ Ich sah die Angestellte zum ersten Mal, aber das vertrauliche „Du“ gehörte zum Umgangston unter „VdN-Kameraden“. „Ich habe gerade das Physik-Studium beendet“, sagte ich. „Dann kennst du vielleicht die beiden Physik-Studenten“, sie nannte zwei Namen und informierte mich, es seien Studenten im achten Semester. „Ich habe das zehnte Semester beendet“, antwortete ich, „und kaum Kontakte zu Studenten jüngerer Semester. Aber worum geht es?“

Ich muß wohl auf diese Mitteilung mit ziemlich verdutztem Gesicht reagiert haben, denn die Angestellte beeilte sich, ihre Frage vor mir zu rechtfertigen. „Du mußt meine Frage verstehen. Wir müssen doch wissen, was für junge Menschen es sind, die auf unsere Kosten studieren und Gegner unseres Staates sind.“ Ich stammelte etwas wie „ja, ja“. Peinlich berührt, verabschiedete ich mich und verließ den Raum.

Die hier beschriebene Episode war typisch für die „Wahlen“ in der DDR. Es waren mit ausufernder propagandistischer Begleitung und großem organisatorischem Aufwand durchgeführte Akklamationsveranstaltungen für die Herrschaft der SED. Einige Tage vor den Wahlen wurden die Städte und Dörfer mit Fahnen und Losungen geschmückt, die den Sieg des Sozialismus verkündeten. In Zentren der Städte stimmten Agitprop-Gruppen die Bürger auf das vermeintlich große Ereignis ein. Alle DDR-Bürger wurden zu den „Wahlen“ mit nur einer Liste der „Nationalen Front des Demokratischen Deutschland“, seit 1974 „der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik“, aufgefordert. Die Teilnahme an der „Wahl“ wurde von den Medien als eine patriotische, sozialistische Pflicht aller DDR-Bürger verklärt. Am Wahltag wurden die Säumigen aus Wohnungen abgeholt und notfalls zu den Wahllokalen gekarrt.

Zu Menschen die aus gesundheitlichen Gründen nicht in das Wahllokal gehen konnten, brachten Wahlhelfer die Urne nach Hause. So war bei jeder „Wahl“ das Ergebnis von 99,9 % Wahlbeteiligung gesichert.

Im Wahllokal angekommen unterzogen sich die Wähler einer für Bürger demokratischer Staaten befremdlichen Prozedur. Begleitet von aufmerksamen Blicken der Wahlhelfer erfolgte die „Wahl“, indem nach

dem Registrieren persönlicher Daten der „Wahlzettel“ mit der Liste der Kandidaten in Empfang genommen und ohne auf ihn zu schauen gefaltet durch den Schlitz in die Wahlurne geworfen wurde.

So demonstrierte man als Bürger der DDR das volle Vertrauen in die Partei und den Staat. Wer die Wahlkabine betrat, outete sich als Gegner des Staates. Folgerichtig wurde sein frevelhaftes Tun von den Wahlhelfern in der Wählerliste neben seinem Namen vermerkt. Die „Staatsfeinde“, die den Mut hatten, sich als solche zu outen, wurden pflichtgemäß der Staatssicherheit gemeldet. Da aber auf dem „Wahlzettel“ Gegenkandidaten fehlten, konnte man lediglich seinen Unmut gegenüber dem Wahlverfahren demonstrieren, indem man die aufgelisteten Kandidaten mit dem Kugelschreiber einzeln durchgestrichen hat. Wurde die Liste nicht vorschriftsmäßig, etwa diagonal, durchgestrichen, galt die Stimme nicht als Gegenstimme, sondern höchstens als ungültig. So erreichte man in der DDR bei jeder Wahl den Zuspruch für die Kandidaten der „Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik“ von mindestens 99,8 %.

Ähnlich verhielt es sich bei der 1968 in der DDR veranstalteten „Volksabstimmung“ über die neue Verfassung. Man stellte sie der Bevölkerung als die neue sozialistische Verfassung zur Entscheidung ohne einen kritischen Blick zurück zu gestatten. Denn nirgendwo, weder in den Medien, noch in den zahlreichen Diskussionsveranstaltungen, durfte gesagt werden, daß die in der Verfassung von 1949 noch enthaltenen bürgerlichen Grundrechte, Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Freiheit das Land zu verlassen, ersatzlos gestrichen wurden und in der „sozialistischen“ Verfassung nicht mehr auftauchten. Da diese Rechte der Bevölkerung der DDR ohnehin vorenthalten wurden, widerspiegelte die neue Verfassung den Status Quo der Diktatur und garantierte, daß sich niemand auf die Verfassung berufen konnte, um diese Rechte einzufordern.

Die Situation des Jahres 1968 war für die DDR-Machthaber brenzlich. Die Stimmung und die politischen Sehnsüchte der Jugend waren damals stark von der Freiheitseuphorie des Prager Frühlings und der antiautoritären Studentenbewegung in der Bundesrepublik beeinflusst. In Dresden sprach es sich herum, daß ganze Studentengruppen mindestens in einem der Wahllokale vor der Wahlkabine Schlange gestanden hatten, um die Frage nach der neuen Verfassung mit „Nein“ zu beantworten. Auch ich schaffte es damals, wie vermutlich auch viele andere, unauffällig das „Nein“ anzukreuzen, und das ohne sich der Gefahr



Klostertor Kamenz, August 1950.

„Nun, bei den Volkskammerwahlen haben in dem Wohnbezirk dieser Studenten nur die beiden die Wahlkabine betreten und es gab zwei Nein-Stimmen. Das waren also die beiden Studenten.“

auszusetzen, die Wahlkabine zu betreten. Dennoch erzielte der Zuspruch für die neue „sozialistische“ Verfassung der DDR das fest eingeplante fast 100-prozentige Ergebnis.

Angesichts so erzielter Ergebnisse drängt sich die Frage auf, wozu in der DDR und in anderen Ostblock-Staaten Wahlen überhaupt stattfanden. Wäre es nicht einfacher und kostengünstiger gewesen, auf den hohen Aufwand schlicht zu verzichten und keine Wahlen durchzuführen? Das sagt zumindest der gesunde Menschenverstand, der aber nicht mit dem Denken der damals herrschenden Kommunisten zu verwechseln ist. Denn in der Logik der von den Kommunisten propagierten Diktatur des Proletariats ging es darum, die Herrschaft der marxistischen Partei SED auf Ewigkeit abzusichern. Jedes Risiko des Verlustes der Macht mußte um jeden Preis vermieden werden. Freie Wahlen im „bürgerlichen Stil“ waren deshalb in der DDR unannehmbar. Die als Diktatur des Proletariats gepriesene Diktatur der kommunistischen Partei galt nach Lenin als die höchste Form der Demokratie. Und

die durfte man nicht durch die Unsicherheit von Wahlen mit echten politischen Alternativen in Frage stellen.

Die Wahlveranstaltungen hatten deshalb einerseits den Sinn, die kommunistische Herrschaft gegenüber der „bürgerlichen“ Außenwelt zu legitimieren. Andererseits wurde so der eigenen Bevölkerung eindringlich bewiesen, daß ein Auflehnen gegen die Diktatur zwecklos war, weil jede oppositionelle Regung durchschaut und konsequent unterbunden würde. Es ist deshalb kein Zufall, daß die Erosion der Diktatur in der DDR im Mai 1989 mit der Infragestellung des Ergebnisses der Kommunalwahlen begonnen hatte, die von einer Handvoll mutiger Oppositioneller offen als gefälscht und als eine Farce kritisiert wurden.

Als darüber hinaus der Mut, international verbürgte Menschenrechte einzufordern, die Massen ergriff, fiel im November 1989 die Mauer.



Demonstrant vor der Volkskammer am 11.1.1990.

(Gabriel Berger wurde 1944 in Frankreich in einer jüdischen Familie geboren. 1957 bis 1977 hat er in der DDR gelebt. Von Beruf ist er Physiker. 1976 wurde er in seiner Arbeitsstelle, dem Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf, verhaftet und wegen „Staatsverleumdung“ zu einem Jahr Haft verurteilt. Seit 1977 lebt er in der Bundesrepublik. Er ist Autor mehrerer Bücher, vorwiegend über das Leben in der DDR sowie über jüdische Themen. www.gabriel-berger.de)

Geschichts(v)erklärung

Seit einiger Zeit sendet die ARD eine Filmserie über die Geschichte der Berliner Charité, in der inzwischen das Jahr 1961 erreicht ist. Obwohl einige Figuren erfunden sind, werden auch einige historische Personen anhand ihrer Biographien dargestellt, wie der Pathologe und Gerichtsmediziner Professor Otto G. Prokop und die Professorin Ingeborg Rapoport, die sich mit Pädiatrie sowie Neonatologie beschäftigte. Auffällig ist dabei, daß beide Biographien der Mediziner, die durchaus wissenschaftliche Kapazitäten in ihren Fachgebieten waren, historisch „geglättet“ wurden, bis dahin, daß die spontane Zustimmung von Ingeborg Rapoport zum Mauerbau 1961 nicht erwähnt wird. Als Nomenklaturkader der SED gehörte sie zu den privilegierten DDR-Bewohnern und wurde mit Ehrungen überhäuft. Sie lobte das außerhalb der Charité weitgehend marode Gesundheitswesen der DDR als „Westdeutschland überlegen“, weil es eine „Gleichbehandlung aller ohne Rücksicht auf soziale Herkunft“ gäbe.

Die Wirklichkeit sah anders aus, denn Rapoport blendete den Unterschied zum Regierungskrankenhaus in Berlin-Buch, wo es eine mangelfreie medizinische Spitzenbehandlung nur für SED-Spitzenfunktionäre und ihre Familien gab, aus. Obwohl

sie selbst die Nazi-Diktatur erlebt hatte und 1938 in die USA auswandern mußte, kritisierte sie die folgende sozialistische Diktatur nicht, sie verharmloste sogar die Verbrechen des MfS und behauptete, kritische historische Forschungen würden die DDR und das MfS „verleumdern“.

Für sie war „die DDR die beste Gesellschaft die ich erlebte“. Dabei wurden wenige Meter neben ihrer Arbeitsstelle in der Charité schon im August 1961 die ersten Flüchtlinge im Auftrag des Politbüros der SED ermordet und vom MfS auf die Tische der Gerichtsmedizin dieser Klinik gelegt, wo Professor Prokop, privilegiert mit einem Paß Österreichs, der ihm jederzeit den Grenzübergang ohne Todesschüsse ermöglichte, schon seit 1959 sehr gute Beziehungen zum MfS hatte.

Schuldhaftes Schweigen war der Begriff für das Verhalten Prokops, als er im Beisein des MfS ab 1961 bis 1987 als Direktor des Instituts für Gerichtliche Medizin der Charité fast alle Menschen obduzierte, die auf Befehl des SED-Politbüros von den „bewaffneten Organen der DDR“ an den Grenzen umgebracht wurden oder in den Haftanstalten unter ungeklärten Umständen ihr Leben verloren. Prokop nahm es

hin, daß seine Untersuchungsergebnisse vom MfS beschlagnahmt und er und seine Mitarbeiter zum Schweigen verpflichtet wurden, was er auch einhielt. Als die Berliner Mauer errichtet wurde, war Prokop in Wien und kehrte danach wieder an die Charité zurück. Vor seiner Emeritierung bescheinigte er den „Bewaffneten Grenzorganen der DDR“ noch, daß sie im April 1983 den Transitreisenden Rudolf Burkert nicht ermordet hätten, der unter ungeklärten Umständen während eines Verhörs durch MfS-Angehörige zu Tode gekommen war. Was Prokop bewußt nicht erwähnte, war der psychische Streß, der vom MfS durch unmenschliche Kontrollen ausgelöst wurde und bei 97 Menschen an der innerdeutschen Grenze zum Tode führte.

Otto G. Prokop starb mit 87 Jahren im Januar 2009, sein Grab findet sich auf dem „Dorotheenstädtischen Friedhof“. Ingeborg Rapoport verstarb 2017 mit 105 Jahren im wiedervereinigten Berlin und prophezeite, in Zukunft werde sich das Bild der DDR deutlich vom heutigen unterscheiden. Ob die ARD deshalb versucht hat, ihre Geschichtsklärung an der Charité beginnen zu lassen?

Nie wieder Diktatur

(es) Anders als üblich, konnte aufgrund der aktuellen Corona-Bestimmungen die Kranzniederlegung am 14. November 2020 zum Gedenken an die Wiedervereinigung vor 30 Jahren an den drei Mauersegmenten in Koblenz am Deutschen Eck nur in kleinstem Kreis abgehalten werden. Als Regionalbeauftragte der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft für Rheinland-Pfalz erinnerte Elke Schlegel an diesen Tag.

„Sehr geehrte Gäste, zu dieser friedlichen Gedenkveranstaltung möchte ich Sie sehr herzlich begrüßen und mich für Ihr Kommen in dieser so schwierigen, Corona-geprägten Zeit bedanken. Der 9. November 1989 ist ein besonderer Tag für das deutsche Volk. Er ist in mehrfacher Hinsicht ein tiefgreifendes Datum der deutschen

Geschichte des 20. Jahrhunderts. Mit diesem Tag sind beispielsweise die Novemberrevolution 1918, die gegen Juden gerichteten Pogrome im November 1938 und im Jahr 1989 der Fall der Berliner Mauer verbunden.

Der Fall der Mauer strahlt weit über unser Vaterland hinaus. Denn er ist auch ein Symbol für den Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa, die unermessliches Leid über die Menschen gebracht haben. Die Jubiläen zu „30 Jahre Mauerfall“ und „30 Jahre Wiedervereinigung“ haben gezeigt, daß es gerade bei jungen Menschen hinsichtlich des Wissens um die jüngste totalitäre Hinterlassenschaft in Deutschland erhebliche Defizite gibt. Diese Bildungsmängel gilt es zu beheben.

ber einer Diktatur scheuen nichts mehr als politisch selbst denkende und handelnde Menschen.

Die Ungleichbehandlung von SED-Opfern und SED-/Stasi-Angehörigen ist skandalös. Letztere leben sorgenfrei, während die Opfer der Diktatur weiterhin um ihre Anerkennung, ihre finanzielle und medizinische Versorgung kämpfen. Die Fehler des Einigungsvertrages, zum Beispiel die fehlende Beweislastumkehr, wurden nicht revidiert. Wie sollen ehemalige politische Häftlinge die Folgen ihrer physischen und psychischen Mißhandlungen und die daraus entstandene Traumatisierung nachweisen? [...]

Das Interesse, diese Fehler zu beseitigen, schwindet zunehmend. Die Gruppe derer, die einen hohen persönlichen Preis für die Freiheit bezahlt haben, bleibt ausgegrenzt. Die Defizite die die DDR-Geschädigten anbelangen, müssen beseitigt werden. Bis heute aber trifft man auf eine Wand des Schweigens.

Leider hat die Landesregierung in Rheinland-Pfalz keine Notwendigkeit gesehen, zentrale Veranstaltungen zu den Jubiläen des Mauerfalls und der Wiedervereinigung durchzuführen. Die UOKG wird demgegenüber die jüngste totalitäre Hinterlassenschaft in Deutschland und die Freude über ihre Überwindung immer wieder thematisieren und einer Verharmlosung der SED-Nachfolgepartei Die Linke entgegentreten. 2021 werden wir des 60. Jahrestags des Mauerbaus am 13. August und in Verbindung damit der zahlreichen Maueropfer gedenken.“



Am Deutschen Eck in Koblenz nach der Kranzniederlegung, (v.l.) Rainer u. Barbara Hoffmann, Thomas u. Elke Schlegel, Regina u. Siegfried Keil.

Am 9. November vor 31 Jahren fiel die Mauer, und damit zerbrach die DDR-Diktatur. Daß es soweit kommen konnte, ist auch all denen zu verdanken, die durch Ausreise, Flucht und Fluchthilfe das SED-System nachhaltig geschwächt haben. Es waren Menschen, die sich aktiv gegen die Diktatur und die Freiheitsbeschränkungen, gegen die fehlende Rechtsstaatlichkeit, gegen die fehlende Unabhängigkeit der Justiz, die eingeschränkte Reisefreiheit und die eingeschränkten Möglichkeiten der politischen Teilhabe wehrten. Die Machtha-

Oral-History-Projekt erfolgreich abgeschlossen

Im Jahr 2020 führte das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. (ABL) mit Akteuren und Akteurinnen der Friedlichen Revolution und der sich anschließenden Transformationszeit ab 1989/1990 audiovisuelle Zeitzeugengespräche durch. Im Fokus standen dabei nicht nur die Friedliche Revolution und das Ende der DDR, sondern auch die errungene Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Aufbau demokratischer Strukturen. Neben den vielen Initiativen und Parteien, die sich 1989 und 1990 neu gründeten, um die Gesellschaft mitzugestalten, erfolgten in diesem Zeitraum auch mehr als 100 Zeitungsneugründungen.

zwölf Zeitzeugen und Zeitzeuginnen zu ihrem Leben sowie ihrem persönlichen und politischen Werdegang in jenen ereignisreichen Umbruchsjahren. Die Befragten berichten über ihr Engagement beispielsweise für das „Neue Forum“ in Leipzig oder Taucha, die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ oder die „Deutsche Soziale Union“ (DSU). Neben Jan Peter, dem Chefredakteur von „Die Leipziger Andere Zeitung“ (DAZ), welche 1990 und 1991 erschien, erzählt Norbert Meißner vom Piratenfernsehsender „Kanal X“, der 1990 vom Dach des Hauses der Demokratie in Leipzig-Connewitz sendete.

SED-Diktatur in der DDR und wie sie die neu gewonnene Medien- und künstlerische Freiheit ab 1990 nutzten. In anderen Zeitzeugeninterviews spielten der Runde Tisch der Stadt Leipzig und der Aufbau einer demokratischen Verwaltung in der Stadt eine wichtige Rolle.

Kurze Ausschnitte der Gespräche kann man sich auf der Homepage des ABL unter: www.archiv-buergerbewegung.de anschauen. Alle Zeitzeugeninterviews liegen als Videodatei und als Transkript im Archiv nach Voranmeldung zur Nutzung während der Öffnungszeiten bereit.

In teilweise mehrstündigen lebensgeschichtlichen Interviews befragten wir

Darüber hinaus beschreiben zwei Schriftsteller ihre Schwierigkeiten während der

Uwe Schwabe
Vorstandsvorsitzender ABL e.V.

Digitale Veranstaltung

„Diktatur, Akten und Aufarbeitung.“
Ein Gespräch über den Umgang mit Vergangenheit“

„Stasi raus, es ist aus!": Am 15. Januar 1990 fiel die letzte Bastion des DDR-Regimes. Tausende Menschen erstürmten die Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Das Ereignis wurde zum Symbol für das Ende der 40jährigen Überwachung und Verfolgung durch die DDR-Geheimpolizei. Bürgerkomitees sicherten in der Folge die Dokumentation der Stasi-Tätigkeit in Form von Millionen von Akten, Filmen, Videos, Tonaufnahmen und Fotos. Sie galten fortan als Beweise für die menschenrechtswidrige Tätigkeit. Über die Herausforderungen und Bedeutung von

Archiven in Aufarbeitungsprozessen sprachen am 15. Januar dieses Jahres Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, David Gill, damaliger Leiter des Bürgerkomitees und heute deutscher Generalkonsul in New York, sowie Geraldine Frieslaar, Direktorin des South African History Archive, das die Dokumente der Anti-Apartheid-Bewegung für die Aufarbeitung in Südafrika bewahrt. Das Gespräch ist auf dem Youtube-Kanal und Facebook-Auftritt des Stasi-Unterlagen-Archivs zu sehen: www.youtube.com/StasiUnterlagenArchiv

Online-Veranstaltung

„Reihe Zeitzeugenperspektiven:
Transformation im Bildungswesen seit 1989/90“

Die Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung thematisiert die Transformationsprozesse im Bildungswesen seit 1989/90. Im Mittelpunkt stehen die Perspektiven von Zeitzeugen, die diese Umbrüche in Politik, Verwaltung und Bildungseinrichtungen miterlebt und -gestaltet haben: Dr. Judith C. Enders, Politikwissenschaftlerin und Mitbegründerin der Initiative „Dritte Generation Ostdeutschland“, Dr. Jan Hofmann, Staatssekretär im Kultusministerium Sachsen-Anhalt 2011–2016, Dr. Margot Metzner, Pädagogin und stellv. Leiterin der Volkshochschule Suhl 1991–2015, Dr. Norbert Reichel, Pädagoge, Autor und Betreiber der Internetplattform „Demokratischer Salon“ moderierte das Gespräch.

Im Austausch sollten folgende Fragen kontrovers diskutiert werden: Welche Voraussetzungen brachten die Bildungssysteme der DDR und der Bundesrepublik Deutschland mit und welche Ideen wurden am „Runden Tisch“ entwickelt und in den Einigungsvertrag einbezogen? Wie verlief die Umgestaltung in bestimmten Bereichen, etwa im Schulwesen? Welche inhaltlichen und personellen Veränderungen und Kontinuitäten gab es? Und schließlich blieb zu fragen, welche Folgewirkungen der Transformationsprozeß hat und wie er aus heutiger Sicht zu bewerten ist.

Die Veranstaltung wurde am 16. Februar dieses Jahres aufgezeichnet und ist auf dem YouTube-Kanal der Bundesstiftung Aufarbeitung verfügbar.

Dokumentation

Tribunal „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“

Vom 11. bis zum 13. September 2020 fand im ehemaligen Zuchthaus Cottbus das Tribunal „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ statt.

Mit diesem außergewöhnlichen Format hat die UOKG zusammen mit seinen Kooperationspartnern, dem Menschenrechtszentrum Cottbus, der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und der Victims of Communism, verschiedene Ziele



verfolgt. Das Thema Zwangsarbeit und die damit verbundene zum großen Teil menschenverachtende Ausbeutung der politisch Inhaftierten sollte wieder in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Die international aufgestellte Jury sollte sich Zeugenberichte aus verschiedenen Industriebereichen anhören, um festzustellen, ob die Merkmale von verbotener Zwangsarbeit und Ausbeutung nach den international anerkannten Definitionen erfüllt sind. Und letztlich sollte durch das Ergebnis der Jury die Aufforderung nach Konsequenzen in Politik und Wirtschaft ergehen. Der Stacheldraht hatte in Ausgabe 8/2020 ausführlich darüber berichtet.

Der gesamte Kongreß wurde nun von der UOKG als Dokumentation verschriftlicht und kann über die UOKG-Geschäftsstelle bestellt werden.

Kontakt: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V., Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 93 51, Fax (030)55 77 93 40, E-Mail info@uokg.de oder tribunalcottbus@uokg.de

Umzug!

Die Geschäftsstelle des VOS-Bundesverbandes ebenso wie die Beratungsstelle des Landesverbandes Berlin sind nach Berlin-Wilmersdorf umgezogen.

Neue Anschrift: Uhlandstraße 120, 10717 Berlin. Alle anderen Kontaktdaten sind geblieben, siehe www.vos-ev.de.

Die Beratungszeiten sind dienstags und donnerstags von 14.00 bis 17.00 Uhr.

Hugo Diederich
VOS-Bundesgeschäftsstelle

Museumsrundgang

Das DDR-Geschichtsmuseum im Dokumentationszentrum Perleberg ist ein besonderer Erinnerungsort. Er ermöglicht wenig bekannte Einblicke in die kirchliche Friedensarbeit und die Entstehung von Bürgerbewegungen in der DDR sowie die Wiedervereinigung in der Prignitz. Zudem beeindrucken die umfangreiche Sammlung von Zeugnissen aus dem Alltag beider deutscher Diktaturen und ihre museale Präsentation. Gisela und Hans-Peter Freimark gründeten das Museum und bauten es aus eigenen Mitteln auf. Seit seiner Eröffnung im Jahr 2006 ist das Haus fester

Bestandteil der Aufarbeitungslandschaft im Land Brandenburg.

Seit Mitte Januar dieses Jahres kann man das DDR-Geschichtsmuseum im Dokumentationszentrum Perleberg digital besuchen. Studierende der „Public History“ haben mit Dr. Irmgard Zündorf (ZZF) die Musealisierung der DDR erforscht und einen filmischen Rundgang durch die Ausstellung erarbeitet.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der

kommunistischen Diktatur hat das Projekt gefördert. Mit dieser Website wird das Vermächtnis des im Oktober letzten Jahres verstorbenen Museumsgründers Hans-Peter Freimark erhalten und weitergegeben.

Unter dem folgenden Link kann man das DDR-Geschichtsmuseum und das Ehepaar Freimark kennenlernen und Hans-Peter Freimark auf einem sehr persönlichen Museumsrundgang begleiten:

<https://ddr-museum-perleberg.zzf-potsdam.de/>

Stefanie Wahl, LAKD

Suchanzeigen

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gesucht!

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sucht ehemalige Häftlinge, die in einem der „Strafgefangenenarbeitskommandos“ im früheren Stasi-Gefängnis gearbeitet haben. Die dort eingesetzten Frauen und Männer mußten mit ihrer Arbeitsleistung die Versorgung und Instandhaltung der Untersuchungshaftanstalt

des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gewährleisten.

Die Frauen waren vor allem in der Küche, als Reinigungskräfte oder Näherinnen beschäftigt. Die Männer arbeiteten u.a. als Handwerker und Elektriker oder waren für die Wartung des Stasi-Fuhrparks zuständig. In einem erhalten gebliebenen Küchentrakt des ehemaligen Gefängnisses soll nun eine Ausstellung über das bisher wenig erforschte Thema der Arbeitskommandos entstehen. Hierfür ist die Gedenkstätte dringend auf die Unterstützung ehemaliger Strafgefangener angewiesen, die damals für die Stasi tätig sein mußten: Welche Erfahrungen haben Sie in Ihrer Zeit im Strafvollzug in Hohenschönhausen gemacht? Wie haben Sie die Arbeit, den Lebensalltag und das Zusammenleben in den Kommandos in Erinnerung?

Bitte melden Sie sich, wenn Sie Ihre persönlichen Erlebnisse mit uns teilen möchten und wenden sich unverbindlich an Frau Christine von Bose, per Mail (ausstellung@stiftung-hsh.de) oder telefonisch unter (030) 98 60 82-443.

Die Gespräche werden wir selbstverständlich vertraulich behandeln.

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wurde im Jahr 2000 gegründet. Ihre Aufgabe ist es, die Geschichte des Haftortes Berlin-Hohenschönhausen und das System der politischen Justiz in der Deutschen Demokratischen Republik zu erforschen und mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen zu informieren, um zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung in der kommunistischen Diktatur anzuregen.

Die Gedenkstätte wird aus Mitteln des Landes Berlin und des Bundes gefördert. www.stiftung-hsh.de



Foto: Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Küchenraum, 2019.

Aufruf zu sowjetischen Speziallagern in Torgau

DIZ Torgau/Stiftung Sächsische Gedenkstätten sucht persönliche Erinnerungstücke und Objekte zu den Torgauer Speziallagern 8 und 10.

Wir bitten um Ihre Unterstützung: Für unsere neue Dauerausstellung suchen wir nach Erinnerungstücken, die etwas über die sowjetischen Speziallager 8 und 10 in Torgau aussagen. Briefe, Erinne-

rungen, Textilien, Holzarbeiten, Andenken, Fotografien, Zeichnungen, amtliche Schreiben und viele andere Dinge sind für uns interessant. Wir möchten damit die Erinnerung an die Häftlinge in den Speziallagern bewahren und ihre Geschichten erzählen. Auch auf den ersten Blick unbedeutende Dinge können dabei helfen, die Vergangenheit angemessen darzustellen.

Wir freuen uns, mit Ihnen in Kontakt zu treten, wenn Sie über solche Erinnerungstücke verfügen. Bitte wenden Sie sich gerne an uns:

Elisabeth Kohlhaas, Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau, Schlossstr. 27, 04860 Torgau, Tel. (034 21) 773 96 81, elisabeth.kohlhaas@stsg.de, www.diz-torgau.de

Interviewpartner und -partnerinnen gesucht!

Für das Forschungsprojekt „Theorie, Praxis und Konsequenzen der Operativen Psychologie“ an der Sigmund Freud Privatuniversität Berlin suchen wir Interviewpartner und -partnerinnen, die:

- aufgrund ihrer politischen Haltung oder Tätigkeiten von Repressionsmaßnahmen wie z.B. Maßnahmen der „Zersetzung“ oder politischer Verfolgung durch das Ministerium für Staatssicherheit betroffen waren z.B. in Subkulturen, Kirchen, der Bürgerrechtsbewegung, Friedenskreisen, Umwelt- oder Frauenbewegung, der LGBTQI Community, jüdische Menschen, muslimische Menschen, schwarze Menschen, BIPOC, Vertragsarbeiter und -arbeiterinnen, Menschen aus migrantischen Communities, oder Sinti und Roma.
- bereit sind, ihre Lebensgeschichte zu erzählen; Ein Kernanliegen dieses Projekts besteht darin, ein tieferes Verständnis der Quellen, des Gebrauchs und der Funktion von psychologischem Wissen im Geheimdienst zu erlangen und sichtbar zu machen, wie sich Methoden der Staatssicherheit auf das Verhalten, die Einstellungen und Gefühle von Betroffenen und Inoffiziellen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen (IM) auswirkten. Die Erfahrungen und Perspektiven der betroffenen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sind in der Forschung bisher überwiegend ausgeblendet. Vor diesem Hintergrund arbeitet das Projekt mit einem intersektionalen Ansatz, d.h. Perspektiven, Erinnerungen und Erfahrungen, die von der hegemonialen Geschichtsschreibung nicht mitgedacht

oder sogar ausgegrenzt werden, sollen ins Zentrum gestellt werden. Im Projekt werden Fragen von Repression und Widerstand, Traumatisierung und Aufarbeitung, Anpassung und Ungehorsam, sowie Ausgrenzung und Zugehörigkeit im Kontext der DDR diskutiert.

Als Zeitzeugen und Zeitzeuginnen werden Sie eingeladen, Ihre Erfahrungen und wie Sie diese heute erinnern und bewerten, in einem sicheren und nicht verurteilenden Raum auszudrücken. Die biographischen Interviews werden von einer Psychologin, die Erfahrung mit der Führung sensibler Gespräche hat, durchgeführt und mit Ihrem Einverständnis aufgenommen. Aus datenschutzrechtlichen und forschungsethischen Gründen sind wir dazu verpflichtet, alle personenbezogenen Angaben zu anonymisieren. Bei Veröffentlichung werden Rückschlüsse auf Ihre Person nicht mehr möglich sein.

Wir bieten eine Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an den Gesprächen.

Bei Interesse melden Sie sich gerne per E-Mail oder Telefon – für eventuelle Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung!

Charlotta Sippel, MSc. Psychologie
Sigmund Freud PrivatUniversität Berlin
E-Mail: charlotta.sippel@sfu-berlin.de
Telefon: (+49 30)69 57 97 28 15

(Partner bei diesem Forschungsprojekt ist auch die UOKG.)

Doping in DDR-Haft?

Wurden Dopingmittel im Zuchthaus Hoheneck verabreicht?

Dieser Frage gehen wir derzeit nach. Wir, das ist ein Recherche-Team der TV-Produktionsfirma EyeOpening.Media. Derzeit suchen wir ehemalige Insassinnen oder Personen, die etwas zu folgenden Fragen sagen können:

Steht in Ihrer Gesundheitsakte, daß Ihnen Oral-Turinabol oder andere für Doping im Sport übliche Substanzen verabreicht wurden? Gab es womöglich experimentelle Versuchsreihen?

Wissen Sie Genaueres über Hintergründe oder haben Sie Hinweise?

Dann kontaktieren Sie bitte Bettina Malter unter der Telefonnummer (0151) 6163 8074 oder per Mail bettina.malter@eyeopening.media

Abschied

Peter Eberle

Mit Dr. Peter Eberle verband mich eine langjährige, vertrauensvolle Freundschaft, die seit unserer ersten Begegnung 1994, unterbrochen von Pausen, nie abgebrochen ist. Dafür bin ich sehr dankbar. Sein Tod hat mich stark berührt. Er war ein großartiger, mutiger und wahrhaftiger Mensch. In keinem seiner Vorträge oder Beiträge zum studentischen Widerstand fehlte der Name seines Leipziger Mitstudenten Herbert Belter. Eberle gehörte zur Widerstandsgruppe von Belter, zusammen mit acht weiteren Studenten und einem Handwerker, darunter Rolf Grünberger, sein ehemaliger Klassenkamerad in Kamenz.

Geboren wurde Peter Eberle am 26. November 1929 in Freiburg/Niederschlesien. Sein Vater war selbstständiger Zahnarzt. 1932 zogen die Eltern mit ihm und seinem älteren Bruder nach Dresden. Dort blieben sie bis zum 13. Februar 1945, als das Haus, in dem sie wohnten, durch einen verheerenden alliierten Luftangriff ebenso zerstört wurde wie die Praxis des Vaters. „Die Familie“, schreibt Peter Eberle später, „fand ein neues Zuhause 70 km nordöstlich von Dresden, in einem Dorf in der Oberlausitz.“ Ab Oktober

Zeitzeuginnen und Zeitzeugen für Interviews gesucht!

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sucht Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die zwischen 1951 und 1990 in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt II Keibelstraße inhaftiert waren.

Die Untersuchungshaftanstalt II war dem benachbarten Präsidium der Volkspolizei in Ost-Berlin in der Nähe des Alexanderplatzes angegliedert. Heute befindet sich dort ein Lernort, der zur Geschichte des Ortes Bildungsangebote macht.

Die Geschichte dieses Ortes soll umfassend erforscht werden. Daher sind die Er-

innerungen der ehemaligen Inhaftierten von hohem Interesse.

Die Interviews werden nach wissenschaftlichen Standards durchgeführt.

Bei Interesse melden Sie sich bitte bei:

Ulrike Rothe
(Projektleitung im Auftrag der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen)

Kontakt:

Tel. (0152) 31 05 73 21
E-Mail: ulrike_rothe@gmx.de



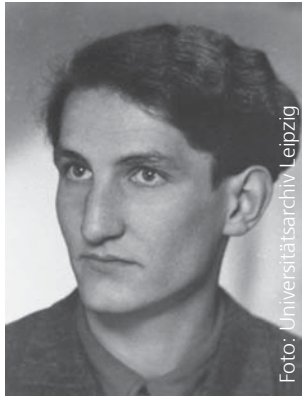
1945 besuchte Eberle die Lessing-Oberschule in Kamenz, wo er 1949 die Abiturprüfungen bestand. An dieser Schule erlebte er die ungleiche Entnazifizierung der Behörden, die oft genug durch persönliche Rachegelüste bestimmt war.

Im Juni 1949 bewarben sich Rolf Grünberger und Peter Eberle für ein Studium an der Universität Leipzig. Sie wurden beide zugelassen: Grünberger für Chemie und Eberle für Zahnmedizin. Sie erlebten unmittelbar die Installation der SED-nahen FDJ, den Übergang der Universität zu einer „sozialistischen“ Bildungsstätte, aber auch die Verhaftung des liberalen Studentenrats-Vorsitzenden Wolfgang Natonek und das Verbot der Hochschulgruppe der LDP im November 1948. Bereits im November 1949 wurde Peter Eberle zum Vorsitzenden der CDU-Hochschulgruppe Zahnmedizin gewählt. Mit dieser Funktion hatte er Sitz und Stimme in der Stipendien-Kommission der FDJ in der Medizinischen Fakultät. Damit war er nach dem Verbot der LDP-Hochschulgruppe der einzige Vertreter der bürgerlichen Studenten.

Nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 sollten freie Wahlen stattfinden. Statt dessen wurden die Wahlen um ein Jahr verschoben und auf den 15. Oktober 1950 festgelegt. Die Wahl sollte außerdem mit einer Einheitsliste der Nationalen Front erfolgen. Die Verweigerung der freien Wahlen war ein Grunderlebnis für Eberle und Grünberger. Sie sahen darin einen Willkürakt, der ihren Widerstand hervorrief. Einige Chemie-Studenten suchten freundschaftliche Verbindungen zu der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, zu der Herbert Belter gehörte. Er studierte Wirtschaftswissenschaften. Sie verteilten Flugblätter und politische Schriften.

Zu Beginn des Wintersemesters 1950/51 führten unglückliche Umstände zur Verhaftung von Belter und Anfang Oktober bis 1. November zur Verhaftung der übrigen Gruppenmitglieder. Diese zehn werden seitdem als die Belter-Gruppe bezeichnet.

Schon nach wenigen Tagen wurde die Gruppe in sowjetische Untersuchungshaft in das MWD-Gefängnis in Dresden,



Peter Eberle, ca. 1955.

in Dresden unmenschlich hart bestraft: Todesurteil für Herbert Belter. Tod durch Erschießen. Für die anderen 25 Jahre Haft in einem Arbeits- und Besserungslager der Sowjetunion und für einen Angeklagten zehn Jahre Haft. Keiner glaubte an die Vollstreckung der Urteile. „Wie bitter“, schreibt Eberle später, „haben wir uns getäuscht.“ Belter wurde in der Butyrka am 28. April 1951 hingerichtet. Die anderen kamen, bis auf den Handwerker, der in ein Waldlager transportiert wurde, nach Workuta, eine unwirtliche Gegend nördlich des Polarkreises, mit großer Kälte im Winter und Hitze in den kurzen Sommermonaten. Als es Ende Juli/1. August 1953 zu mehreren Streiks kam, wurden diese blutig mit Waffengewalt erstickt. In Lager 10, Schacht 29 gab es 64 Tote und 128 zum Teil schwerverletzte Gefangene.

Auf Umwegen, nach Stalins Tod, wurden einzelne Gefangene 1953 in Güterwagen in Richtung Heimat transportiert, darunter Rolf Grünberger und Peter Eberle. Sie kamen schließlich am 28. Dezember 1953 in Frankfurt/Oder an. Nach dem Besuch der Eltern und Geschwister kehrten die ehemaligen Studenten der DDR den Rücken und brachen nach West-Berlin auf, wo sie sich am 2. Januar 1954 an der Siegestsäule noch einmal trafen.

An der FU Berlin setzte Peter Eberle sein Zahnmedizinstudium fort. Mit dem Staatsexamen und der Promotion schloß er es 1957 ab. Anschließend wurde er Assistent am zahnärztlichen Institut der Universität Zürich, ehe er 1962 seine eigene Praxis in Linthal, Kanton Glarus eröffnet. 1994 wurde er durch den Generalstaatsanwalt der russischen Föderation rehabilitiert, wie seine ganze Gruppe. 1997 gab er seine Praxistätigkeit auf und ging in den Ruhestand.

Am 6. Juli 2007 verlieh der Ministerpräsident des Landes Sachsen, Georg Milbradt, den noch lebenden Mitgliedern der Belter-Gruppe das Verdienstkreuz am

Bautzner Straße, überführt. Nach Artikel 10, Absatz 1, der Verfassung der DDR hätte diese Auslieferung nicht erfolgen dürfen. Bis Ende Dezember 1953 blieben die Angehörigen ohne Lebenszeichen der Verhafteten.

Am 20. Januar 1951 wurden die Verhafteten von einem sowjetischen Militärgericht

Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Vom 29. Juni bis 3. Juli 2005 reisten Peter Eberle, seine Ehefrau, insgesamt 29 Personen, nach Moskau. Sie haben dort einen Gedenkstein zur Erinnerung an die etwa 900 ermordeten Deutschen auf dem Friedhof des einstigen Klosters Donskoje nahe Moskau eingeweiht. Der Titel lautet: „Zur Erinnerung an die Bürger Deutschlands. Opfer der politischen Repression 1950–1953.“

In einem eindrucksvollen Bericht über diese Reise formulierte Eberle sein Vermächtnis an die Nachgeborenen: „Es ist wichtig, die Erinnerung an jeden einzelnen Umgekommenen wach zu halten. Aber wir müssen die Opfer auch in ihrer Gesamtheit, in ihrem Leid, in ihrer Trostlosigkeit, in ihrer Einsamkeit während ihres Sterbens aus dem tiefen Dunkel des Vergessenseins herausreißen.“ Am 1. November 2020 ist Peter Eberle in Linthal in der Schweiz gestorben.

Gerald Wiemers

Ingolf Grothe

Ihm sei es im Winter und im Frühling nicht gut gegangen, antwortete der 1931 geborene Ingolf Grothe halb entschuldigend am Telefon auf die Frage, weswegen er sich erst jetzt, am 23. Juli 2013, 10 Monate nach der Anfrage melde. Ein Treffen zu vereinbaren, gestaltet sich unkompliziert. Wir treffen uns schon vier Tage später in seinem Haus in Berlin-Lichtenrade. Den Fragebogen für die Webseite der Lagergemeinschaft hat er gut leserlich, knapp aber präzise ausgefüllt. Seine Ehefrau Gerda hat Kaffee gemacht und Kuchen gebacken. Ich kenne Ingolf vom Sehen her seit vielen Jahren von den Jahrestagungen der Lagergemeinschaft, zu denen er immer gemeinsam mit seinem Zwillingbruder Arnold kam.

Draußen auf der Terrasse erzählt Ingolf in nüchternen, trockenen Sätzen seine Geschichte von der Verhaftung, der Zwangsarbeit, seiner Rückkehr nach Baruth und von seiner Flucht nach West-Berlin. Und dann erzählt er, daß er aus Workuta noch einen Koffer hat, den er für die Heimführung 1955 erhalten hatte. Aus dem Keller holen? Ach, da sei doch die Weihnachtsverzierung drin. Und überhaupt, so interessant sei der Koffer doch nicht. Aber Gerda blieb keine Wahl, sie mußte in den Keller und den Koffer holen. Was würde dieser Koffer erzählen, wenn er könnte? Ingolf läßt sich überreden, daß ich von

ihm und seinem Koffer ein Foto mache. So viel Aufmerksamkeit macht ihn ein wenig verlegen. Aber er ist geduldig und beantwortet alle neugierigen Fragen. Und so wird die Biographie von Ingolf Grothe als 36. und letzte vor der Veröffentlichung von workuta.de aufgenommen.



Ingolf Grothe, 2017.

Beim Abschiednehmen erzählt Ingolf noch, daß er seine Geschichte aufgeschrieben habe. Immer, wenn er nachts Zeit hatte, habe er während der Sportturniere geschrieben. Und so wurde auch sein Bericht unter der Überschrift „Einmal Hölle und zurück“ in seine Biographie aufgenommen. Es ist eine Geschichte von Mut, Daffke und Begegnungen auch mit aufrichtigen Menschen.

Ingolf Grothe machte immer einen aufgeräumten Eindruck, immer trug er ein Lächeln im Gesicht. Fast könnte man meinen, Haft, Folter und das Lager Workuta hätten keine großen Spuren hinterlassen, wenn da nicht seine Augen wären. Gerda sagte, daß Ingolf einem nie direkt in die Augen schaute. 1991 wurde Ingolf für seinen langjährigen Einsatz für den Berliner Sport von Bundespräsident Weizsäcker der Bundesverdienstorden verliehen. Er organisierte Schulsportturniere und betreute jahrelang die Schulmannschaften, insbesondere die Handballmannschaften. Immer war er im Einsatz, er liebte den Trubel und die Geselligkeit.

Seinen 85. Geburtstag hat er groß gefeiert, dabei wurde auch das Tanzbein geschwungen. Die ganze Familie war anwesend. Auch seine Schwestern, die noch immer in Baruth (Brandenburg) leben. Der familiäre Zusammenhalt war ihm wichtig.

Dieser Zusammenhalt hatte ihm einst das Leben gerettet. Er wurde am 27. Juni 1951 in Baruth verhaftet, am selben Tag wie sein Zwillingbruder. Gemeinsam wurden sie am 24. Oktober 1951 im „Roter Ochsen“ von einem Sowjetischen Militärtribunal zur Zwangsarbeit in einem sogenannten Arbeitsbesserungslager verurteilt und nach Workuta verschleppt. Als der Lageraufseher in Workuta die beiden Brüder trennen wollte, behauptete Ingolf frech, daß es in der Sowjetunion ein Gesetz gäbe, wonach es verboten sei, Zwillinge zu trennen. So blieben sie bis

zur Entlassung immer zusammen. Als es seinem Bruder Arnold im Lager mal so richtig dreckig ging, hat er ihm ordentlich die Leviten gelesen, und dafür gesorgt, daß sein Überlebenswille wieder geweckt wurde.

Über die Zeit im Lager hat Ingolf nicht viel gesprochen. In seinen Memoiren steht le-

diglich „Die Arbeit unter Tage war sehr, sehr schwer und extrem gefährlich.“ Aber auch „Brot ist eine Währung, das kann sich keiner vorstellen. Dafür hat man alles bekommen.“

2018 feierten Gerda und Ingolf Grothe ihre diamantene Hochzeit. Aber da ging es dem Ehepaar gesundheitlich nicht mehr so gut. Dennoch haben es sich die beiden nicht nehmen lassen, zu „ihrem Lied“ (Blue Spanish Eyes) ein letztes Mal zu tanzen.

Gerda und Ingolf Grothe haben nahezu an allen Jahrestagungen der Lagergemeinschaft teilgenommen, auch an denen in „seinem“ Knast in Halle. Zur letzten Jahrestagung im Mai 2019, die in Königswinter am Grab von Konrad Adenauer abgeschlossen wurde, konnten sie leider nicht mehr kommen.

Ingolf Grothe verstarb am 7. Dezember 2020 im Alter von 89 Jahren in Berlin.

Stefan Krikowski

Horst Schön

Fernsehzuschauer kennen den 1926 geborenen Darsteller zum Beispiel von den rbb-Tatort-Krimis „Tod macht erfinderisch“ (1985) und „Tödliche Blende“ (1986). Dort spielte er den Kriminaloberrat Stegmüller, Vorgesetzter des Ermittlers Bülow (Heinz Drache). Vielleicht erinnert man sich auch an den DEFA-Propagandafilm „Polonia-Express“, fast 30 Jahre zuvor.

Als bekannter Schauspieler war er einer der prominenten politischen Gefangenen im Zuchthaus Cottbus. Inhaftiert wegen des Versuchs, den SED-Staat mit Hilfe einer Fluchthilfe-Organisation zu verlassen, wurde er nach zwei Jahren durch Freikauf in den Westen entlassen. In seinem Haftverhalten war er seinen Ka-

meraden ein Vorbild, nicht zuletzt wegen seiner Hilfsbereitschaft. Im November 2020 ist er gestorben.

Bernd Lippmann

Erhard Göhl

Wieder einmal hat der unerbittliche Tod eine riesige Lücke geschlagen. Einer der hartnäckigsten Gegner des SED-Regimes, der selbst eine jahrelange Haftstrafe im berühmten Zuchthaus Bautzen II verbüßt hatte, ist am 17.10.2020 in Darmstadt von uns gegangen. Ein Mann, 1933 geboren, der nach dem Mauerfall gigantische Verdienste um die Dokumentation der Verbrechen des SED-Regimes erwarb und sich wie kein anderer für die Interessen der Opfer des SED-Regimes stark machte. Nicht aus Wichtigtuerei und ohne persönliche Ambitionen – sondern aus echter Betroffenheit und beseelt von dem Willen, früheren Haftkameraden zu helfen. Er war keiner dieser „Bürgerrechtler“, die nach der Wende von den Medien hofiert und zu Superhelden stilisiert wurden. Solche Eitelkeiten lagen ihm fern. Deshalb kennt man ihn in der Öffentlichkeit kaum, selbst in Kreisen der DDR-Forscher gibt es erstaunlich viele, die mit seinem Namen bis heute nichts anfangen können.

Während den Zeiten des Eisernen Vorhangs waren Erhard Göhl und Dr. Wulf Rothenbacher die beiden führenden Köpfe einer kleinen Gruppierung, die eine äußerst wirkungsvolle Arbeit gegen das SED-Regime leistete. So wirkungsvoll, daß sie vom Ministerium für Staatssicherheit gleich in mehreren zentralen Operativ-Vorgängen „bearbeitet“ wurden. Damals hatte man sich in Bonn längst mit der Existenz zweier deutscher Staaten abgefunden, von „Wiedervereinigung“ wurde nur noch in Sonntagsreden gesprochen. Menschen wie Göhl galten damals im Westen wahlweise als „Entspannungs-Gegner“ oder „Spinner“.

1959 hatte man ihn in der DDR wegen Spionage verhaftet und bald darauf zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Jahrelang saß er damals zunächst in Hohenschönhausen und anschließend in der Sonderhaftanstalt Bautzen II ein. Eine ausführliche Würdigung seines Lebens wird in der nächsten Ausgabe der halbjährlich publizierten „Zeitschrift des Forschungsverbands SED-Staat“ an der Freien Universität Berlin erscheinen.

Stefan Appellius

Erinnern als Befreiung

Endlich ist die außergewöhnliche Geschichte der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus, dieser wichtigen Bibliothek im Zentrum Berlins als Buch erschienen. Damit steht ein einzigartiges enzyklopädisches Nachschlagewerk zu Verfügung, welches die wechselvollen Stationen der Bibliothek widerspiegelt, die sich seit der Gründungsidee direkt nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 ereigneten. Die Grundidee, die in der

sozialistischen DDR-Diktatur verbotenen Bücher, wie „Archipel Gulag“, „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ oder viele ähnliche endlich allen Lesern zugänglich zu machen, entstand im privaten Bereich der Autorin, nicht unbedingt zur Freude des Ehemanns. Mit ungeheurer Energie begann Ulla Popiolek Räume zu suchen und Bücher zu sammeln, zuerst nur mit Unterstützung ihrer Familie, die auch aktive Bauhilfe leistete, als das erste Domizil am Hausvogteiplatz gefunden war.

Das Motto „Erinnern als Befreiung“ stand von Anfang an über diesem Projekt, welches sehr bald die ersten Unterstützer wie Gerhard Finn fand, der als Mitarbeiter des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und ehemaliger politischer Häftling erste finanzielle Mittel besorgen konnte.

Auch Hermann Kreutzer, Horst Schüler, Harald Strunz, Roland Bude und Dr. Rainer Hildebrandt gehörten bald zum Unterstützerkreis, aus dem ein Förderverein entstand, mit Bärbel Bohley und Jürgen Fuchs. Die Na-

mensliste der Unterstützer wurde immer länger, doch auch die Liste der Gegner, es waren zum Teil sogar Feinde, denn die SED, zur PDS mutiert, hatte mit ihren Vorfeldorganisationen, wie der Antifa, sehr schnell begriffen, wie gefährlich diese Bibliothek war, die offen Verbrechen der marxistisch-leninistisch-stalinistischen Ideologie thematisierte. Fast ein Kriminalroman sind die Passagen, in denen geschildert wird, wie mit verbrecherischen bis terroristischen Aktionen die Arbeit dieser Bibliothek zerstört und beendet werden sollte.

Bedauerlicherweise beteiligten sich daran auch Personen, die zur DDR-Bürgerrechtsbewegung gezählt wurden, und nicht alle hatten die menschliche Größe, sich später für ihr Fehlverhalten bei Ulla Popiolek, Siegmund Faust und ihren Mitstreitern zu entschuldigen. Zu all den Schwierigkeiten gehörten auch die Umzüge, bis endlich im Nikolaiviertel der heutige Standort gefunden wurde. Von nun an gaben sich immer mehr renommierte Autoren, Wissenschaftler, Politiker, Botschafter und vor allem ehemalige politische Häftlinge der sozialistisch-kommunistischen Diktaturen förmlich die Klinke in die Hand. Wer sich mit der politischen Entwicklung in den letzten dreißig Jahre in Deutschland beschäftigt, findet in den Vorträgen der Gedenkbibliothek ein exzellentes „Who’s Who“. Die im Buch genannten Referate umfassen die Seiten 295 bis 330, mit Referenten wie Prof. W. Leonhardt, Dr. K.W. Fricke, Ulrich Schacht, Jochen Stern, Freya Klier, Manfred Kittlaus, Dr. Grasmann und vielen anderen ausgewiesene Experten und Historikern. Irgendwann wurde die Arbeit von Ulla Popiolek auch staatlich anerkannt, sie erhielt 2012 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Dieses außergewöhnliche Buch gehört zu den wichtigsten Nachschlagewerken zum Thema „Aufarbeitung der Ideologie des Sozialismus-Kommunismus“ und ist absolut empfehlenswert.

Hermann Schulze



.....
 Ursula Popiolek: *Erinnern als Befreiung. Die Geschichte der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus*, OEZ Berlin-Verlag 2020, 330 S., 29,90 €, Bestellungen: Ulla Popiolek, Pilsener Str. 4, D-12623 Berlin

Prostitution in der DDR

Im be.bra wissenschaftsverlag ist letztes Jahr das Buch „Prostitution in der DDR“ erschienen. Es stellt die Dissertationsschrift von Steffi Brüning dar, die mehrere Jahre zum Thema Prostitution in der DDR forschte und dazu umfangreiches Aktenmaterial verschiedener DDR-Behörden einsah. Das Buch erschien innerhalb der Schriftenreihe „Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert“, die von der „Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland“ herausgegeben wird.

Prostitution galt per Definition in der DDR als kriminell, asozial und als Überbleibsel des „dekadenten Kapitalismus“, sie sollte demzufolge ausgeremert werden. Daß die Realität bezüglich der käuflichen Liebe bei weitem nicht vom Verschwinden der Prostitution geprägt war und es eine konstante und sichtbare Szene über den gesamten Zeitraum des Bestehens der DDR gab, zeigt die Autorin detailliert auf. Gegenstand ihrer Arbeit ist dabei eine vergleichende Untersu-

chung der drei Städte Rostock, Berlin und Leipzig von 1968 bis 1989, anhand derer die vielfältigen Facetten und Ausprägungen der Prostitution in der DDR sichtbar werden.

Das Buch ist klar strukturiert. Ausgangspunkt ist die „sozialistische Utopie“, wie Sexualität und Kriminalität im „Arbeiter- und Bauern-Staat“ in der Theorie gesehen wurden. Im weiteren wird die Realität, wie der Staat versuchte, Prostitution einzudämmen, beschrieben. Dabei geht die Autorin u. a. auf die „Geschlossenen Krankenanstalten“ und auf die Heime zur Umerziehung von Prostituierten ein. Ein gesondertes Kapitel widmet sich dem ambivalenten Umgang des Ministeriums für Staatssicherheit mit der Prostitution in der DDR, der einerseits von Repression gegen das Milieu und andererseits von der Unterstützung und Deckung bestimmter Formen der Prostitution geprägt war. Schließlich werden Handlungsstrategien und Alltag von Prostituierten in der DDR umfassend erörtert.

Obwohl das Werk als Dissertation geschrieben wurde, liest es sich gut und flüssig. Es ist nicht nur für ein wissenschaftliches Fachpublikum interessant, sondern auch für den historisch interessierten Laien empfehlenswert. Mit dem Buch liegt erstmals eine umfangreiche Analyse zum Thema Prostitution in der DDR vor, die auf dem gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Forschung ist und zugleich Ausgangspunkt für weitergehende wissenschaftliche Arbeiten sein kann. Besonders gut gelingen der Autorin die Einbindung von Auszügen aus Stasi-Akten und



.....
 Steffi Brüning: *Prostitution in der DDR. Eine Untersuchung am Beispiel von Rostock, Berlin und Leipzig, 1968 bis 1989*, be.bra wissenschaft 2020, 320 S., 28,- €

die Darstellung der Inhalte von Interviews, die sie mit mehreren Zeitzeuginnen und einem Zeitzeugen geführt hat. Durch die teilweise journalistische Erzählweise mit dem Verwenden von Beispielen und Anekdoten wird das Buch streckenweise sogar zu einer wirklich fesselnden Lektüre. Wohltuend ist auch, daß sich Brünig nicht reißerisch dem durchaus schlagzeilenträchtigen

Thema nähert, sondern seriös und dennoch interessant z. B. anhand von Fallbeispielen dieses Kapitel der Sozialgeschichte der DDR darstellt. Insgesamt ist das Werk sehr lesenswert, mit 28,00 Euro leider aber auch nicht ganz billig.

Jörg Plath

Der Spion aus der Kälte

Diesen Roman haben wir politischen Häftlinge geliebt und die deutsche Übersetzung, die 1964 erschien, verschlungen: „Der Spion, der aus der Kälte kam“! Der Verfasser des Romans, der englische Autor John le Carré (1931–2020), der unter seinem bürgerlichen Namen David Cornwell 1960/64 selbst im Dienst des britischen Geheimdienstes „Secret Service“ gestanden hatte, war ein Mann vom Fach, das merkte man schon beim Lesen der ersten Seiten.

John le Carré ist am 12. Dezember 2020 in Truro/Cornwall im Alter von 89 Jahren gestorben.

Der 1963 in England veröffentlichte Roman wurde 1965 mit internationaler Besetzung wie Richard Burton, Claire Bloom, Oskar Werner und Peter van Eyck verfilmt und kam am 8. März 1966 in der deutschen Fassung in die westdeutschen Kinos. Bevor ich im Herbst 1966 als Deutschlehrer nach Schweden ging, habe ich diesen Film in Mainz, wo ich studierte, dreimal gesehen. Einmal traf ich unter den Zuschauern einen Mithäftling aus Waldheim.

Die Handlung ist einfach und überschaubar: Der britische Agentenführer Alec Leamas steht 1962, die Berliner Mauer ist schon gebaut, in einer Baracke am Checkpoint Charlie, dem Grenzübergang nach Westberlin. Er wartet auf seinen DDR-Agenten Karl Riemeck, der von Hans-Dieter Mundt, dem Abwehrchef der Staatssicherheit, gejagt wird. Karl Riemeck, der mit einem gefälschten Passierschein auf einem Fahrrad nach Westberlin zu entkommen sucht, wird im Niemandsland von DDR-Grenzsoldaten erschossen.

Alec Leamas wird nach dem Verlust seines letzten DDR-Agenten nach London zurückbeordert, wo er für sein Versagen Rede und Antwort stehen muß. Dann heckt man in der Zentrale einen verwegenen Plan aus: Alec Leamas wird zum Schein entlassen, fängt an zu trinken, zettelt eine Schlägerei an und kommt ins Gefängnis. Als er entlassen wird, nehmen sich DDR-Agenten seiner an, bringen ihn in die Niederlande und von dort nach Ostberlin. Ziel des „Secret Service“ ist es, Hans-Dieter Mundt zu stürzen, der eine Nazi-Vergangenheit hat. Ein zweiter Handlungsstrang zeigt die englische Jungkommunistin Liz, die sich in Alec Leamas verliebt hat und ihm vom Kommunismus vorschwärmt. Beide treffen sich zufällig in der DDR-Provinz wieder und fliehen gemeinsam nach Ostberlin, wo sie beim Übersteigen der Mauer erschossen werden. Buch und Film haben ihre Schwächen und weisen eine Menge Ungereimtheiten auf. Ein Beispiel: Die erste Szene mit Karl Riemeck. Niemals hätte die Staatssicherheit einen fliehenden Westagenten erschossen, sondern versucht, seiner habhaft zu werden. Schließlich wollten sie die Hintergründe seiner konspirativen Aktivitäten aufdecken. Ein Toter aber spricht nicht mehr! Niemals hätte sich ein britischer Agentenführer am Checkpoint Charlie gezeigt, er wäre unweigerlich von der Staatssicherheit fotografiert worden wie 1979 Markus Wolf von der „Hauptverwaltung Aufklärung“ bei einem Besuch in Stockholm.

Jörg Bernhard Bilke



John le Carré: *Der Spion, der aus der Kälte kam*, Ullstein TB 2019, 12,- €

Erstürmt die Höhen der Kultur!

(VT) Die vierzig Theaterjahre der DDR haben unglaubliche Geschichten hervorgebracht. Sie handeln von Verhinderungen, Verboten, Demütigungen. Aber ebenso viele Geschichten erzählen von Witz, List und großem Theater. Es sind tragische, komische, abenteuerliche und mutige Storys.

Sie alle spielen hinter den Kulissen. Es sind Szenen aus der Kulturgeschichte eines untergegangenen Staates und einer mächtigen Partei, die das Theater als ideologisches Vehikel besonders wichtig nahm. Oft wichtiger, als dem Theater gut tat.

Trotz aller Widrigkeiten entstanden erstaunliche und außergewöhnliche Theaterstücke. Einigen droht heute unverständlicher Weise das Vergessen, andere zählen zur Weltliteratur oder sind nach wie vor aktuell. Viele DDR-Stücke stellen heutige Fragen nach Individuum und Gesellschaft, nach dem einzelnen und dem Kollektiv, nach privater Glückssuche und Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber.

„Erstürmt die Höhen der Kultur!“ unternimmt eine Reise ins Theaterleben jüngerer Vergangenheit. Es ist eine Wanderung über die Schlachtfelder der heiß umkämpften Theaterlandschaft der DDR. Das Buch ist eine archäologische Expedition, die Überraschungen und Neuigkeiten zutage fördert. Fertige Urteile erweisen sich als Vorurteile, Kenntnisse als Unwissen, Fakten als Fake. Vieles war eben doch ganz anders.

Das Buch enthält Gespräche mit Autoren und Autorinnen wie Volker Braun, Christoph Hein, Irina Liebmann, Lothar Trolle, Jürgen Groß, Christian Martin sowie Maik Hamburger, Matthias Langhoff und Theaterverlegern.



Manfred Karge, Hermann Wündrich: *Erstürmt die Höhen der Kultur!* Ventil Verlag 2021, 328 S., 30,- €

Zwei Bücher – drei Frauenschicksale

und die Suche nach Freiheit

Die DDR ist verschwunden, aber es gibt sie noch – so kommt es einem vor, wenn man auf jene Schicksale blickt, die sich mit den Zwängen und der Unfreiheit in der Diktatur verbinden. Es sind die Lebenden und auch die inzwischen Verstorbenen, die für diese Erkenntnis stehen. Und es ist wichtig, daran zu erinnern, um erstens den untergegangenen Unrechtsstaat nicht

Lesungen hält. Sie hat das bis vor kurzem bezogen auf ihr eigenes Schicksal getan. Ihr Buch von den „Eingesperrten Gefühlen“ hat dabei viele Leserinnen und Leser erreicht und teils tief berührt, darunter, was nicht selbstverständlich ist, auch Betroffene. Die Schilderung ihres Lebensweges bis hin zur Haft, dann die bösen Erlebnisse im Frauenzuchthaus Hoheneck sind sehr persönliche Zeitzeugnisse, die einen tiefen Eindruck über den ungerechten Umgang von Menschen mit Menschen bewirken und die immer zu der Frage der Verantwortlichkeit und zur Schuld führen.

Dieses erste Buch von Marie-Luise Knopp hat noch etwas anderes bewirkt: Die Autorin berichtet von einer großen Freundschaft, die sie in der Haft geknüpft hat. Es ist Kristel, die sie in den schwersten Stunden kennenlernt, für die diese Haft ebenso schwer erträglich wird wie für sie selbst und die letztlich nichts anderes versucht hat, als der DDR zu entrinnen, um später ein Leben in Freiheit zu führen. Beide Frauen klammern

sich in dieser großen Not aneinander wie Schiffbrüchige an eine Rettungsinsel.

Sie werden durch Schwur und schriftliches Versprechen für ein Leben aneinander gekettet und halten an diesem Bündnis gerade dann fest, als sie sich trennen müssen. Denn diese Trennung kommt unweigerlich, zumal man in der Haft, falls man unter die Freikaufregelung fiel, keinen Einfluß auf eine vorzeitige Entlassung bzw. den ersehnten Transport in Richtung Aufnahmelager Gießen hatte.

Wer Knopps erstes Buch gelesen hat, weiß von Marie-Luises Entlassung bzw. Abschiebung, die zeitlich vor der von Kristel liegt. Damit verläßt auch die Handlung in diesem Buch den gemeinsamen Erzählstrang. Marie-Luise kommt in die Bundesrepublik, Kristel bleibt zurück, ihr weiteres Schicksal ist – zumindest im einzelnen – unklar. Zwangsläufig fragt man sich, was ist aus ihr geworden?

In diesem ersten Buch ist kein Raum für die Beschreibung von Kristels Lebensweg.

Es hätte ganz sicher zu weit geführt und auch die Lesenden überfordert. Dennoch hat die Autorin das Anliegen aufgegriffen und innerhalb kurzer Zeit die Veröffentlichung des Lebensweges ihrer Freundin in diesem fortsetzenden Buch „Freundschaft trotz Mauern“ geschafft. Das ist eine beachtliche Leistung, und ihr und dem Leser kommt dabei zugute, daß Kristel – sie ist leider mittlerweile verstorben – ihren Lebensbericht seinerzeit niedergeschrieben hat. Aus diesem aufbereiteten Bericht erfahren wir nun viel, er ist einer der beiden wesentlichen Handlungsstränge des Buches. Er gibt Aufschluß über Kristels Leben in der DDR, ihre aufreibende Zeit als Geschichtslehrerin und die zunehmende Qual, jungen Menschen falsche politische Werte vermitteln zu müssen.

Packend (und für den Leser eigentlich schwer erträglich) ist die Schilderung des Fluchtversuches. Es würde zu weit führen und die Spannung nehmen, dies hier im Detail auszubreiten. Gesagt sei immerhin, daß auch Kristels Weg aus der Haft in die Bundesrepublik führte und beide Freundinnen endlich zusammenbrachte.

Dieses erste Buch von den „Eingesperrten Gefühlen“ hat zudem zu einem weiteren Impuls geführt, und auch dieser mündet in das neue Buch „Freundschaft trotz Mauern“. Es geht um Brit, die zweite Erzählerin, die sich nach der Lektüre der „Eingesperrten Gefühle“ so tief bewegt fühlte, daß sie zu der Autorin Kontakt aufnahm und zwischen beiden eine enge Freundschaft entstand.

Das Schicksal von Brit ähnelt dem der beiden anderen Frauen, und es ist auch dem vieler (nicht nur Frauen) Flüchtlinge nicht unähnlich. Sicher ist bei Brit die Ausgangsposition extrem. Sie entstammt einem betonharten kommunistischen Elternhaus und gerät früh in eine oppositionelle Haltung, wobei der Gedanke der Ausreise sehr spät in ihr aufkommt. Dann jedoch, als aus diesem Gedanken der Entschluß geworden ist, beginnt sie ihn Schritt für Schritt umzusetzen und läßt sich weder durch Erniedrigungen noch durch Hindernisse beirren. Sie will dieses Dasein in der DDR abschütteln, und sie kämpft, bis sie dann vor einem Vernehmer der Stasi sitzt.

Brit bleibt mehr als ein Jahr in der Haft. Daß sie mitunter an den Rand ihrer Kräfte gerät, hat mit den zwei Kindern zu tun, die kurz vor dem Schuleintritt stehen und durch die sie erpreßbar ist. Nach ihrer (für sie selbst) überraschenden Inhaftierung verliert sie den Kontakt. Erst nach und



Marie-Luise Knopp: *Eingesperrte Gefühle bahnen sich ihren Weg. Burg Hoheneck und ein Leben danach*, 220 S., 12,50 €, Geest Verlag, Vechta 2018; *Freundschaft trotz Mauern. Überleben in und nach Hoheneck*, 320 S., 12,50 €, Geest Verlag 2020

in ein falsches, nämlich verharmlosendes oder verherrlichendes Licht zu rücken und um zweitens diesen Opfern und ihren Schicksalen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Gerechtigkeit heißt zunächst Wahrheit. Und Wahrheit heißt wiederum Akzeptanz, und das wiederum bedeutet, diesen Schicksalen Raum zu lassen, sie in der Öffentlichkeit ausbreiten zu dürfen. Oft ist das schmerzhaft und erschütternd, und fast immer geschieht es mit unterschiedlichen, mit individuellen Mitteln.

Unser Verband VOS bietet gemeinsam mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in den Alten Bundesländern, vornehmlich in NRW, ehemaligen politischen Häftlingen die Möglichkeit, sich an weiterführenden Schulen vorzustellen und über ihre Erlebnisse und Erfahrungen im SED-Staat zu berichten. Es ist eine Gruppe von Zeitzeugen, die von der Universität Bochum und dem dort angesiedelten Institut für Deutschlandforschung betreut und geführt wird. Zu dieser Gruppe gehört die Autorin Marie-Luise Knopp, die schon mehrere Bücher veröffentlicht hat und vielfach

nach erfährt sie, daß die Kinder getrennt bei der Schwester und den Eltern untergebracht wurden.

Man kann (und soll) in einer Buchvorstellung nicht den kompletten Inhalt wiedergeben. Gesagt sei allerdings, daß Brit Mitte der 1980er Jahre mit den Kindern ausreisen darf und sie es auch im Westen nicht leicht hat. Verwaltung und Bürokratie sind das eine, das andere ist das soziale Umfeld, das sich von dem in der DDR wesentlich unterscheidet. Einsamkeit und das hohe Maß an Eigenverantwortlichkeit sind Faktoren, die vielen ehemaligen politischen Häftlingen zu schaffen gemacht haben. Aber Brit erweist sich auch jetzt

als starke Persönlichkeit. Sie beißt sich durch, schafft ein Studium und wird Rechtsanwältin, erlangt ein gutes Auskommen, das durchaus auch mit Wohlstand zu tun hat. Und doch fühlt sie sich nicht angekommen. Nach mehreren Auslandsaufenthalten und einem Probe-Job in Australien entscheidet sie sich tatsächlich für ein dauerhaftes Leben in „Down under“ und erwirbt – alle Achtung! – die australische Staatsbürgerschaft.

Daß sie dort ihr Glück findet, versöhnt auch uns Lesende mit den Härten ihres Schicksals. Und es schafft einen guten Abschluß für dieses (zweite) Haft-Buch. Man darf nunmehr gespannt sein, ob

Marie-Luise Knopp weitere Freundschaften knüpft und dabei Schicksale sammeln und somit erneut zur Aufarbeitung von Diktatur und Unfreiheit, von Übersiedlung und Integration beitragen wird.

A. Richter-Kariger

(Nachdruck aus der „Freiheitsglocke“)

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben

Rudolf Hannebauer, Helma v. Nerée am 2. März, Manfred Smala am 5. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski am 18. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Dr. Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Sisyphusarbeit

Rainer Eckerts Auswahlbibliographie zu SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit im vereinten Deutschland

Hier liegt eine notwendige Bestandsaufnahme vor. In schnelllebiger Zeit geht zu viel an Informationen verloren. Siegfried Jenkner hat in seiner verdienstvollen Arbeit, die bis Ende 2003 reicht, eine kommentierte Bibliographie zum GULag erstellt. Nach seinem Tode wird diese im Archiv der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur weitergeführt.

Am Ende des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des 21. Jahrhunderts setzte sich der Rechtsstaat als freiheitlich-demokratische Staatsform endgültig durch. Daneben ist keine andere Staatsform erstrebenswert. Die Lehren aus den Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu ziehen, bleibt einer aktiven Erinnerungsarbeit vorbehalten.

Diese erfüllt für das vereinte Deutschland in einem voluminösen bibliographischen Band nach 14jähriger Arbeit Rainer Eckert in vorbildlicher Weise. Die Zusammenstellung spiegelt den Forschungsstand wieder, der nur bedingt als „Auswahlband“ bezeichnet werden sollte. Eine Bibliographie dieses Formats wird nicht hundertprozentig jeden Titel erfassen können, aber dennoch Vollständigkeit anstreben. Im Grunde ist es eine Sisyphusarbeit ohne vorhersehbares Ende.

Stichproben verliefen positiv, so bei den Autorinnen und Autoren Sybille Gerstengarbe (Halle/S.), André Gursky (Halle/S.), Horst Hennig (Köln), Werner Gumpel (München) oder Wolfgang Schuller (Konstanz). In der ausführlichen Einleitung schildert und begründet Rainer Eckert die Gliederung in elf Kapitel, die Auswahlprinzipien und den möglichen Erkenntnisgewinn. Die „Literaturverzeichnisse“ können „bei richtigem Lesen ein faszinierendes Hilfsmittel nicht nur zur Ermittlung von Forschungsliteratur, sondern auch zur Analyse von Forschungstrends und -schwerpunkten“ (S. 23) sein. Diesem Fazit kann

sich der unvoreingenommene Benutzer nur anschließen. In der Natur der sachbezogenen Bibliographie bleibt allerdings, daß sie mit der Drucklegung schon wieder unvollständig ist. Die vorliegende zweite aktualisierte, erweiterte und grundsätzlich überarbeitete Auflage ist nicht zu vergleichen mit der ersten von 2011.

Gerald Wiemers

.....
Rainer Eckert: SED-Diktatur und Erinnerungsarbeit im vereinten Deutschland. Eine Auswahlbibliographie, Mitteldeutscher Verlag, 2., aktualisierte, erweiterte und grundsätzlich überarbeitete Auflage der Ausgabe von 2011, Halle/Saale 2019, 764 S., geb., 40,00 €.



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
 Mo, Di, Mi, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer
 Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur
 Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 15 28 58
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische
 Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur
 Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmar Ahnert, Burghardt Arndorfer, Kathrin Arnold, Helmuth Astler, Jürgen u. Christine Baumgart, BdV LV Baden-Württemberg, Uwe Behne, Waldtraut Börner, Klaus Bohlken, Florian Bortfeldt, Dr. Gottfried Dutschke, Margita Eikenberg, Brigitte Eisenblätter, Hannelore Enigk, Dr. Wolf Erler, Gerhard Franke, Dietmar Freudenreich, Hans-Dieter Fritsch, John Gerstner, Alexander Grow, Klaus Habenicht, Bernd Hartwig, Hermine Hecker, Hildemar Hentsche, Theodor Hilbig, Käthe Jahn, Klaus-Dieter Jost, Horst Jungbluth, Frank Kermes, Waldtraut Kindermann, Helga Kiwitt, Reinhard Klar, Michael Krug, Wolfgang Kupke, Karin Löhnert, Ilsemarie Lorenz, Fritz Mathei, Peter Menzel, Antje Pelz, Thomas Rademacher, Marianne Rudloff, Lothar Rühl, Norbert Schachnowski, Axel Schonder, Dietrich Schopen, Anneliese Schubert, Ulrike Schultz, Werner Schulze, Regina Schwarz, Detlef Sens, Dr. Thomas Smolin, Roland Steinbach, Harald Steinke, Karl-Wolf Tiebel, Burkhard Ulm, Hans-Hermann Voss, Tobias Woitschütze

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Die Tragik des 20. Jahrhunderts liegt darin, daß es nicht möglich war, die Theorien von Karl Marx zuerst an Mäusen auszuprobieren.

Stanisław Lem

BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz
Sprechzeiten s. S. 19
Telefon (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC: DEUT DED B110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 20. Februar 2021

